

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 4 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 27. Januar 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Führer und Geführte. — Des Guten zuviel. — Eine neue Berufs-
krankheit. — Die Zustände in der deutschen Sattlerei-
industrie und die Sattlermacher. — Offenbacher „Burschenschaft“. —
Brief aus Amerika. — Streiks und Lohnbewegungen. —
Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. —
Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des
Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Ver-
sammlungskalender. — Freie Hilfskassen. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar
ist der 5. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinem Beitrage im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.**

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse erucht, bei Arbeitsannahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Gemein. Bei der Firma „Norddeutsche
Automobilwerke“ hat die Gesamtarbeiterschaft
wegen Lohnreduzierungen die Arbeit nieder-
gelegt. Zuzug ist streng fern zu halten.

Schwetz. Die Firma Landis, Reise-
artikel-fabrik, in Derlison bei Bück, ist gesperrt.
Sattler und Tischler haben den Betrieb zu meiden.

Führer und Geführte!

Führer und Geführte, Massen und Führer,
und ähnlich lauten die Artikel, die jetzt wieder
die Gewerkschaftspresse durchläuft. Und warum?
Nun, weil, wie wir bereits im Vorjahre in einem
Artikel darlegten, Bebel auf dem Parteitag in
Magdeburg dem Wort, daß Mißtrauen eine
demokratische Tugend ist, zu neuem An- und
Aufsehen verholfen hat. Wir haben bei dieser
Gelegenheit bereits ausgesprochen, wie wir den
Sinn, den das Wort für uns allenfalls haben
kann, auffassen. Daß auch Bebel keine andere
Auffassung von diesem Worte haben kann, haben
wir unseres Erachtens damit bewiesen, indem
wir dem Bebel von Magdeburg den Bebel aus
dem verunglückten Berliner Bauarbeiterstreik
gegenüberstellten. Aber selbst auf die Gefahr
hin, bei dieser Gegenüberstellung geirrt zu haben,
erklären wir, daß wir nur die Auslegung für
richtig und sinngemäß halten können, die der
Bebel aus dem Bauarbeiterstreik
dem Worte vom demokratischen Miß-
trauen gegeben hat, eine andere Aus-
legung bezw. Anwendung dieses Wortes ist für
uns sowie überhaupt für alle anderen führenden
Personen in der Gewerkschaftsbewegung nicht
akzeptabel.

Und da dieses so selbstverständlich wie nur
irgend etwas ist, und da man über Selbstver-

ständlichkeiten sich wirklich nicht aufzuregen
braucht, glaubten wir, daß auch andere Leute
dieses Einsehen haben und sich mit der Lösung
anderer, und zwar wichtigerer Probleme befassen
werden. Aber es kam anders. Der Genosse
v. Ein, ein alter Partei- und Gewerkschafts-
führer, hielt nämlich in Hamburg vor den dortigen
Partei- und Gewerkschaftsfunktionären einen
Vortrag, in dem er erklärte:

„Wir müssen Formen zu finden suchen, durch
welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar
machen, bei welchen aber auch die Vertrauensper-
sonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur da-
durch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden
Interessendemoskratie zu erziehen suchen, werden
wir Erfolge erzielen. Mit dem demokratischen
Mißtrauen gegen die Führer werden wir nur Miß-
erfolge zeitigen. Die wirklich fähigen und ehr-
lichen Leute werden sich bedanken, als Handlanger
des Massenwillens zu figurieren, und dann werden
auf allen Gebieten Unfähige die politische, gewerkschaftliche
und genossenschaftliche Arbeiterbewegung
in den Sumpf, in die Anarchie führen. Wir müssen
daher verlangen, daß auch die politische Presse ihre
Schuldigkeit tue zur Aufklärung der Massen. Nur
wenn diese zur demokratischen Disziplin erzogen
werden, können wir auf Erfolge rechnen. Und
Einhalt müssen wir tun dem demokratischen Treiben
einzelner, die mit ihrer Massenverhimmelung
die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur
Machtlosigkeit führen. Das liegt im Interesse der
Stärkung der gesamten Arbeiterbewegung!“

Wir glauben, daß jeder Vernünftige diese
Ausführungen, die gewissermaßen ein kurz ge-
faßtes Programm, ein Bekenntnis darstellen, her-
vorgegangen aus einer Summe von Erfahrun-
gen, vollkommen unterschreiben kann. Aber, wie
gefragt, das scheint nur so zu sein, in Wirklichkeit
ist es anders. Ein Mann, der ein sehr tüchtiger
Astronom und Physiker sein soll,
der aber allem Anschein nach von den wirtschaftlichen
Vorgängen auf unseren Planeten nicht ge-
nügend unterrichtet ist, hielt es für nötig, in
einigen Parteiblättern mit eingeleiteter Lanze
gegen Mühlensflügel anzusprechen. Er schreibt:

„Wer aber nichts anderes als die Frage sieht:
Wer ist besser befähigt, über einen Lohnkampf zu
beschließen, die „urteilslose Masse“ oder die „weis-
blickenden Führer“ — der übersteht völlig den
wirklichen Grund der Mißgunst und der Kon-
flikte. Dieser Grund ist bei den Gewerkschafts-
beamten selbst zu suchen. Wenn die Arbeiter sehen
würden, daß diese Beamten eines Seites mit ihnen
wären, im Denken und Fühlen völlig mit ihnen
übereinstimmten, so würden sie vielmehr unbedenken
und vertrauensvoll ihrer Führung folgen. Statt
dessen sehen die Arbeiter, wie die Mehrzahl dieser
Beamten sich in der Grundanschauung von ihnen
entfernt, wie sie sich an die Politikern anlehnt, die
auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt
hinarbeiten; wie die Vorstände die Beamten theo-
retisch ausbilden lassen von Personen, die sich durch
ihren bürgerlichen Standpunkt in der Partei un-
möglich machen; wie sie sich gegen die Theorien
und die theoretische Durchbildung, die die Arbeiter
als Quelle ihrer Kraft erkennen, gleichgültig, fest-
setzt oder gar feindselig verhalten. Die Masse
der im Kampf vorantretenden Arbeiter ist revolu-
tionär, will möglichst scharf den Kampf gegen die

bürgerliche Gesellschaft führen, die Masse der Ge-
werkschaftsbeamten ist revisionistisch gesinnt. Das
ist der tiefste Grund des Mißtrauens; daher
fürchten die Arbeiter auch in Fällen, wo die Furcht
grundlos ist, daß jedesmal eine allgemeine grund-
sätzliche Abneigung gegen den Kampf der Grund
des Bremens ist.“

Der Mann heißt Dr. Anton Bannekoef und
ist in Bremen als Lehrer von der Partei und dem
Gewerkschaftskartell angestellt. Man könnte den
Mann und seine ap-Korrespondenz ruhig reden
und schreiben lassen. Man wird es schließlich
auch sowieso tun, aber — die persönliche und sach-
liche Anrempelung der Gewerkschaftsfunktionäre
kann man nicht unwidersprochen durchgehen
lassen. Es sänden sich schließlich Leute, die an-
nehmen könnten, der Mann hat Recht! — Zwar
sucht ap den Angriff auf die Gewerkschafts-
beamten abzuschwächen durch die Bemerkung, es
solle dies kein persönlicher Vorwurf gegen jene
Beamten sein, weil die revisionistischen Anschau-
ungen notwendig aus den besonderen Verhält-
nissen des Gewerkschaftskampfes entstehen
müssen. Es ist indes völlig gleichgültig, ob der
Angriff gegen die Person einzelner Gewerkschafts-
beamten oder gegen die gesamte Beamten-
schaft als Einrichtung gerichtet wird, da hier wie
dort das Vertrauen der Mitglieder zu ihren
Leitern und Führern untergraben wird.

Die Anstellung von Beamten ist eine not-
wendige Einrichtung der Gewerkschaften, da die
den letzteren erwachenden Aufgaben mehr bewältigt
werden können, weder quantitativ, noch quali-
tativ. Die erste Voraussetzung für jede Gewerkschafts-
verwaltung ist, daß der besoldete Leiter
oder Führer, sei er Verwaltungsbeamter oder
Redner, Lehrer oder Redakteur, das volle Ver-
trauen möglichst aller Mitglieder besitzt. Mei-
nungsverschiedenheiten zwischen Beamten und
einem Teil der Mitglieder werden allerdings
immer vorhanden sein, zumal bei schwerwiegen-
den Fragen. Die Gewerkschaften haben deshalb
repräsentative Einrichtungen geschaffen, um die
Entscheidung über komplizierte und weittragende
Fragen nicht vom Zufall einer Mitgliederver-
sammlung abhängig zu machen, sondern vom
Votum Auserwählter, die ihrerseits das volle
Vertrauen der Mitglieder besitzen. Auch diese
Einrichtungen sind ihrer Aufgabe noch nicht
völlig gewachsen und der v. Einische Vortrag wie
auch ein Artikel des Genossen Schildbach in der
„Neuen Zeit“ beweisen ja schon, wie in Gewerkschafts-
kreisen an der weiteren Entwicklung des
inneren Verfassungslebens gearbeitet wird. Die
Maurer und Bauarbeiter haben, um zu einer
Entscheidung über die Vorschläge des Schieds-
gerichts zu gelangen, die vorher vertragten Ver-
bandsstage von neuem einberufen. Es wird von
den Entwicklungsstadien der einzelnen Gewerkschaften
und von der Natur der zu entscheidenden
Fragen abhängen, in welcher Weise die Gewerkschaften
dem Drängen der Mitglieder nach
größeren Einflüssen gerecht zu werden ver-

mögen. Zweifellos ist es jedoch das Allerberkehrteste, wenn manche Leute, aufstatt sachlich an der Ueberwindung der vorhandenen Schwierigkeiten mitzuwirken, der Mißbilligung der Gewerkschaftsmitglieder eine persönliche Richtung geben und die Beamten, einzeln oder insgesamt für die stonflitte verantwortlich zu machen suchen. Das heißt nicht aufbauend, sondern zerstörend wirken — das ist Desorganisation, die die entscheidende Zurückweisung verdient!

ap verücht der Mißbilligung gegen die Gewerkschaftsbeamten, die sich in der Darstellung auf Verwaltungsfragen bekränkt, eine politische Richtung zu suggerieren, indem er die Gewerkschaftsbeamten des Revisionismus verdächtigt. Revisionistische Anschauungen haben mit der Gewerkschaftsarbeit gar nichts zu tun. Man kann ein guter Gewerkschaftsführer sein, ohne auf Bernstein, Schippel, Frank und Kolb oder auf Kautsky, Luxemburg und Ledebour zu schwören. Revisionisten gibt es in der Partei so gut wie in den Gewerkschaften. ap weiß es auch in einer Erwiderung gegen Hue zurück, der Bezeichnung „Revisionist“ einen beleidigenden Charakter geben zu wollen. Gleichwohl operiert er mit diesem Begriff, um künstlich einen politischen Gegensatz zwischen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder und ihren Angehörigen zu konstruieren. Er behauptet einfach, die Masse der Arbeiter sei revolutionär, wolle möglichst scharf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft geführt haben; die Gewerkschaftsbeamten wollten das nicht, daher das begründete Mißtrauen der Arbeiter.

Noch niemals sind die Dinge ärger und frivol auf den Kopf gestellt worden. Wenn die einfach naive Bekundung des Gegensatzes zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Arbeiterklasse revolutionär, wenn dagegen die durch leitende Stellung und höhere Verantwortlichkeit erforderliche Berücksichtigung tatsächlicher und zeitlicher Schwierigkeiten Revisionismus ist, dann sind die Massen immer revolutionär und die Führer immer revisionistisch, in der Partei ebensogut wie in den Gewerkschaften und die Unbefohlenen so gut wie die Angestellten. Eine gewerkschaftliche oder politische Organisation, die nicht bloß zerlegend, sondern auch aufbauend wirken, nicht bloß Wahlen und Streiks gewinnen, sondern deren Erfolge auch in positiver Macht zugunsten der Arbeiterklasse umsetzen will, ist immer von einer guten Portion Opportunismus befeelt. Es heißt aber der Partei wie den Gewerkschaften den schlechtesten Dienst leisten, wenn man ihre verantwortlichen Führer, die so handeln müssen, wie das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse es erheischt, bei den Massen verdächtigt. Der Mann, der solches fertig bringt, hat wohl noch nie in der Organisation der Arbeiterbewegung mitgearbeitet, hat noch nie die aufreibende Kleinarbeit geleistet, die den großen Bau unserer Verbände aufgestützt hat, sonst wäre er nicht fähig, die Brandfackel der Zwietracht in diese proletarischen Gemeinwesen zu schleudern.

Das Schlimmste ist ja nun, daß Pannetcoef sich selbst als Marxist bezeichnet und nun wieder seinen „Antipoden“, den Nichtmarxisten, Gelegenheit gibt, zu sagen: Seht, zu welchen verrückten Methoden und Konsequenzen Marx und seine Lehre führen! — Denn auch das muß gesagt werden. Es gibt auch solche Leute, die sich ihren Marx und seine Lehre so formen, wie sie ihn brauchen, um die „wissenschaftliche“ Abschladung derselben vornehmen zu können. Doch Marx war weder Dogmatiker noch Scholastiker, er war durchaus nicht unfehlbar, er war aber auch kein Schafköpfe oder Hanswurst, und trotzdem — nach allem was man von Marx weiß, den Dr. Pannetcoef würde er desabouieren!

Dr. Pannetcoef ist nicht erst jetzt heute oder gestern zu dieser seiner Auffassung gelangt, schon vor Jahren schrieb er:

„Ähnlich wie beim Staate bildet sich in der Arbeiterbewegung die Bureaucratie von Dienern zu Herrschern aus, deren besondere Anschauungen sich oft gegen die Massen durchsetzen.“

Diese Auslegung ist übrigens nicht neu und stammt aus dem „Waffenarsenal“ der Anarchosyndikalisten, die sich mit diesem bestiebten „geistigen“ Mittel in jeder Nummer der „Einigkeit“ gewohnheitsmäßig gegen die „Verbandsbureaucratie“ ausschleimen.

Denn er erscheinen Pannetcoefs damals gen Anwürfe gegen die Gewerkschaftsangehörigen denn doch in einem recht eigenartigen Lichte, dessen Eindruck noch vervollständigt wird durch einen im Dezember 1909 in einigen Parteiblättern erschienenen Artikel, betitelt „Unteroffiziere“. So schreibt ap-Pannetcoef:

„Diese Arbeiterbeamten leben nun unter Verhältnissen, die von denen der Masse der Proletarier verschieden sind. Wenn sie auch nicht alle finanziell besser gestellt sind, als die besser entlohnten Arbeiter, so ist ihre Lebensstellung doch sicher er und ruhiger: sie stehen als leitende Beamte der niederen Intelligenz und der staatlichen Bureaucratie ab. Daher wird nur zu oft namentlich die revolutionäre Bestimmung allmählich einer bürgerlichen Lebensauffassung weichen. So entsteht nach und nach ein Gegensatz zwischen den Massen und den Führern.“

Ja, werter Genosse Pannetcoef, weniger sicher sind unsere „Lebensstellungen“, das ist ein kleiner Irrtum, aber „ruhiger“, äußerlich „ruhig“, sogar so ruhig, daß uns die „Masse“ manchmal unheimlich zu werden droht. Hier ist es also nicht mehr der „Revisionismus“, sondern die ruhige und geordnete Lebensstellung der Gewerkschaftsbeamten, die die bürgerliche Lebensauffassung erklären soll. Gegen diese wird das Mißtrauen der Arbeitermassen gelenkt. Steckt auch in diesen Anwürfen eine gute Portion von Konfusion, so bleibt doch als treibendes Motiv dieser ewig zerlegenden Kritik das Beharren übrig, einen Keil zwischen die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Vertrauensmänner zu treiben und jede hier und da entstehende Mißbilligung politisch zu vertiefen. Die Gewerkschaftsleiter oder wären nicht wert, auf ihrem Posten zu bleiben, wenn sie solche Angriffe ruhig über sich ergehen ließen!

Diese Art der Pannetcoefischen Kritik ist aber um so frivol, als sie ausübt von einem Manne, dessen bürgerliche Lebensverhältnisse und Lebensgewohnheiten wohl allen Gewerkschaftsbeamten in Deutschland ohne Ausnahme unerreichtbar bleiben werden. Und da wir es uns verlagern müssen, gleichfalls in derartige Pannetcoefereien zu verfallen und seinen Lebensverhältnissen nachzustreben und diese hier breitzutreten, glauben wir an dieser Stelle den Wunsch auszusprechen zu müssen: „Es möchte sich eine deutsche Gewerkschaft finden, die sich das „Bergnügen“ leisten kann, den Dr. A. Pannetcoef als Funktionär, ganz gleich welcher Art, anzustellen und ihn zu beschäftigen und zu besolden, wie es mit anderen Funktionären geschieht. Wir sind fest davon überzeugt, ap lehnt ab. Wir nähmen es ihm nicht übel! Aber —“

Woher kommt es nun aber, daß Leute, die doch sonst durchaus nicht auf den Kopf gefallen sind, sich in Theorien verrennen, die zur Wirklichkeit passen, wie die Faust aufs Auge? Nun, sehr einfach, es fehlt ihnen die praktische Erfahrung und, was noch wichtiger ist, die **Verantwortlichkeit!**

Hierin scheint uns auch der wahre Grund der unfruchtbar, zerlegenden Kritik Pannetcoefs zu liegen. Mangel an Verantwortung ist es, das ihn in solcher Weise gegen das Wohl eines Teils der deutschen Arbeiterbewegung freveln läßt, denn was er gegen diese zusammenschreibt, ist in der Tat unverantwortlich. Unverantwortlich gegen die Gewerkschaften, deren ruhige Entwicklung er fortgesetzt von außen her stört, — unverantwortlich auch gegen die Partei, mit der die Gewerkschaften im tiefsten Frieden leben und deren verantwortliche Leitung von der Aufklärungsmethode Pannetcoefs weit abdrücken dürfte. Denn nichts dürfte geeigneter sein, das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu gefährden, als wenn von der einen Seite Prostitutionen im Schoße der anderen gefördert würden. Weil es sich aber um die unverantwortlichen Bestrebungen eines einzelnen handelt, so bleibt kein anderer Weg als der der öffentlichen Zurückweisung seiner Anwürfe.

Die Gewerkschaften sind ohne derartige „Matgeber“ groß und stark geworden, sie werden auch in Zukunft ohne sie mit ihren Feinden fertig werden. Für sachliche Mitarbeit an der Erziehung der Arbeiterklasse haben sie allezeit An-

erkennung und Dank gewohnt, aber für Störenfriede ist kein Platz in der deutschen Arbeiterbewegung. Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, welche etwa glauben, die Gewerkschaften zum Lebensgefilde dogmatischer Kämpfe und Strafeerereien zu machen.

Des Guten zuviel.

Das Beharren der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse, die Unterhaltungsfrage im Falle des Streiks, der Wahrung oder Arbeitslosigkeit auf eine Höhe zu bringen, die möglichst den Verdienstaustfall deckt, ist leicht erklärlich. Diese Beharrungen sind auch berechtigt, sofern man auf der anderen Seite das Geben nicht vergißt und die Beiträge auf eine entsprechende Höhe bringt. Um die Differenz einigermaßen ausgleichen zu können, ist man fast allgemein in den Gewerkschaften zu dem System der Lokalbeiträge gekommen, um gewisse Zuschüsse zu den statutarischen Unterhaltungen leisten zu können. Nun gibt es aber eine Reihe von Orten, in denen man der Einführung solcher Lokalbeiträge wenig Sympathie entgegenbringt und sich lieber auf die Wildfährigkeit oder besser gesagt auf die Solidarität der übrigen Verwaltungsstellen verläßt. Kommt es mal in solchen Orten zum Kampf, so werden Sammelstellen an die Kollegen der anderen Verwaltungsstellen der Organisation gesandt, begleitet von einem Aufschreiben, das die Notlage der im Kampfe befindlichen Kollegen recht drastisch schildert. Soweit sich solche Sammlungen im Kreise der eigenen Ortsverbaltungen bewegen, wird niemand etwas dagegen haben. Anders liegt schon die Sache, wenn man die Absicht hat, die übrige Kollegenchaft Deutschlands, ja sogar unsere ausländischen Bruderorganisationen anzugehen. So bekamen wir über Kopenhagen einen derartigen Brief zu Gesicht, wo sich die Filiale Kopenhagen um Unterstützung der Streikenden an unseren Kollegen Kopenhagen gewandt hatte. Schon damals hatten wir die Absicht, diese „Rechterei“ gebührend anzunehmen, machten dies jedoch brüchlich ab. Daß unsere Kollegenchaft die bürgerliche Mitglieder gebührend unterstützte, wird jedermann mit Freuden begrüßt haben, und hier ist auch die Zentrale über das gewöhnliche Maß hinausgegangen.

Auf der letzten Seite dieser Nummer unserer Zeitung werden die Kollegen eine Bekanntmachung finden, die wir ohne nähere Deklaration nicht in die Welt geben lassen können. Der Grund zu obigem Beschluß war folgender: Bei der ersten oberflächlichen Durchsicht der zurzeit einlaufenden Abrechnungen fanden wir, daß recht namhafte Summen zur Unterstützung der Gemahregelten in Kopenhagen von den Lokalkassen bewilligt wurden. Der Sache näher auf den Grund gehend, fanden wir, daß die Ortsverwaltung Kopenhagen sich in einem Schreiben an die Ortsverbaltungen gemandt hatte, in dem man es mit großem Geschick verstanden hatte, die Kollegenchaft Deutschlands über die Anzahl der in Frage kommenden Gemahregelten zu täuschen. Kein Wort davon, daß im ganzen nur zwei Kollegen zu unterstützen waren. Man listet noch ganz geschickt den Satz ein, daß auch die Buchbinder noch 50 Mann zu unterstützen hätten. Es ist dadurch erklärlich, daß die Spender weit über das hinausgingen, was sie sonst gegeben hätten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Zentralvorstand in Folge des Vorgehens des Buchbinderverbandes genötigt war, 13 Wochen lang eine erhöhte Unterstützung sowie Mietsentschädigung zu gewähren. Diese Summe war den Streikenden bereits durch den Buchbinderverband ausbezahlt worden, und wir mußten sie wohl oder übel übernehmen. Eine ausreichende Unterstützung hat also in jeder Weise stattgefunden, so daß es dieser großen Täuschung nicht bedurfte hätte. Es wird nun die freundlichen Geber gewiß interessieren, in welcher Weise die Gelder verteilt wurden. Voraussichtlich wollen wir noch, daß die Unterstützung der Hauptkasse auch noch bis zum 14. Januar lief. Eingenommen hatte die Lokalkasse auf Grund der Sammlung 203 Mk. Die Gemahregelten haben außer der laufenden Zentralunterstützung erhalten nach den Aufzeichnungen der Lokalkasse:

Zuschuß zur Streikunterstützung	8,00 Mk.
Für 8 Wochen Zuschuß zur Gemahregeltenunterstützung für 2 Mann	16,00
Zu Weihnachten 2 Mann	40,00
Zu Neujahr 2 Mann	160,00
Sonstige Unterstützungen an 2 Mann	64,00
Summa	288,00 Mk.

Also für jeden der beiden Gemahregelten binnen wenigen Tagen 144 Mk. Dabei hatte man noch den Mut, die Zentrale um Verlängerung der Unterstützung anzugehen, was wir rundweg ablehnten. Daß diese Verteilung der Gelder nicht im Sinne der Geber erfolgt ist, das muß wohl dem Vorwissen der Verwaltungsstelle klar geworden sein, welcher in arge Differenzen mit den beiden Gemahregelten gekommen ist. Ohne noch viel Worte zu machen, er-

Klären wir diesen Vorgang einfach für Unfug, wie er glücklicherweise noch nie bei uns vorgekommen ist und hoffentlich auch nicht wieder vorkommen kann. Wir glauben unserer guten Sache mehr zu dienen, wenn wir diese Geschichte schonungslos aufdecken, und werden die Mitglieder unserer Zeitschrift nunmehr erklären finden.

Im Auftrage des Vorstandes: F. Ahm.

Eine neue „Berufskrankheit“

graffiert zurzeit in unserem Gewerbe, deren Nährboden die Heimindustrie ist und wodurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kleintaschenindustrie arg in Mitleidenhaft gezogen werden. Wir meinen die Zuwanderung einer erheblichen Anzahl Leute aus Krakau in Galizien, die entweder einen Besonderen haben, der schon einmal geübt hat, wie billige Dementastribe gemacht werden, oder die da glauben, die Kunstgriffe in Deutschland bald zu erlernen, um als Zwischenmeister so viel als möglich für sich herauszubringen zu können.

Wir glauben es nicht nötig zu haben, uns gegen den etwaigen Vorwurf des Ausländerhasses verteidigen zu müssen. Wir, und damit sind in erster Linie unsere deutschen Kollegen gemeint, haben bei der vor einigen Jahren starken Zuwanderung russisch-polnischer Kollegen und Emigranten zur Verteidigung des Beweises erbracht, daß uns internationale Solidarität kein leerer Hohn ist. Allerdings ist uns diese Pflichterfüllung schlecht gelohnt worden. Die meisten dieser Kollegen haben trotz aller Bemühungen sich wenig oder gar nicht um unsere tarifliche Abmachungen gekümmert. Sie haben um jeden Preis gearbeitet und die Löhne soweit heruntergebrückt, daß es ihnen trotz ihrer sprichwörtlichen Bedürfnislosigkeit unmöglich wurde, dabei zu erstickern. Teils wanderten sie über den großen Reich, teils gingen sie wieder in die Heimat zurück und besorgten jetzt Rußland mit billigen Börsen und Taschen. Als auf diese Weise der Außenhandel mit dem zaristischen Reich stark eingebüßt wurde, erklärten die deutschen Lederwarenfabrikanten, niemals wieder Ausländer so in Massen zu beschäftigen, auch wenn sie fast umsonst arbeiteten.

Doch kaum ist ein Jahr ins Land gegangen, da wiederholt sich dasselbe Schauspiel. An die Stelle der früheren Barschauer sind jetzt die Krakauer getreten. Erst kamen nur wenige. Sie rekonozitierten das Feld. Durch Vermittlung fanden sie bei Glaubensgenossen Unterkunft. Das Aufziehen von Bogamoid auf Wollpapier, Schneiden und Nieten war bald erlernt und damit auch die „Meisterchaft“ erlangen. Leute, die in der Heimat 18 Mk. verdienen, waren 40 Mk. in Berlin, die sie als Werkstatthalter verdienen konnten, zu wenig. Sie wurden lieber selbständig, indem sie sich für einen ganz niedrigen Lohn den Unternehmern anboten. Hilfskräfte wurden aus Krakau geholt und jetzt ist der Zustand erreicht, durch den einzelne Fabrikanten in die Lage verwickelt sind, ein ganzes Gros (144 Stück) Trapezstaschen für 75 Mk. auf den Markt zu schleppen. Der Arbeitslohn variiert zwischen 21 und 24 Mk. pro Gros. Daß auf diese Weise die Löhne besserer Artikel heruntergedrückt werden, versteht sich am Bande. Organisationsfähig wurde der Versuch gemacht, diese Kollegen auf unsere tariflichen Abmachungen aufmerksam zu machen, ja, es wurden bei einem Fabrikanten durch Einwirken unseres Verbandes die Wochenverdienste pro Person um 3 bis 4,50 Mk. erhöht, trotz alledem wollen die neugeborenen Kollegen aus Krakau sich um nichts kümmern. Sie betreiben besser zu fahren, wenn sie, anstatt sich um die Bestrebungen der Organisation zu kümmern, einfach ihre Landsteuer anlernen.

In bezug auf diese Ausländer glauben wir sicher zu sein, daß das proletarische Pflichtgefühl, internationale Solidarität zu üben, durchaus nicht verlernt wird, wenn bei dem offensichtlichen schlechten Willen dieser Elemente die Pflicht der Selbsterhaltung im selben Maße angewendet wird, wie bei ordnungsfähigen und bei inländischen Kollegen, die sich den Gesetzen und Anordnungen der Gewerkschaft nicht fügen. Denn letzten Endes geht es doch nicht an, die unter schweren Opfern und nach jahrelanger Kämpfe erzielten Erfolge durch böswillige Menschen niederreißen zu lassen. Die Kollegen werden daher gut tun, selbst die tariflichen Vereinbarungen zu beachten, dann aber jede Tarifverletzung, gleichviel von wem begangen, der zuständigen Erziehung zur Weiterverfolgung anzugehen. Nur so läßt sich die neue „Berufskrankheit“ heilen und die Gesamtkollegenhaft vor Schäden bewahren.

Diese Kollegen aus Krakau sind es auch, die da betreiben, technische Fortschritte der deutschen Industrie dürfen nur ihnen allein zugute kommen. Kaum ist die Nietmaschine für die Lederwarenindustrie in Betrieb genommen, die, nebenbei gesagt, dreimal so schnell wie ein tüchtiger Anschläger arbeitet, gleich sind es wieder Krakauer Kollegen, die in Offenbach a. M. eine Nietanstalt in der Weise eröffnen, wie vor 7 Jahren die Schanzmatten ent-

standen sind. An sich ist dagegen nichts einzumenden, nur ist zu verlangen, daß diese technischen Fortschritte nicht zum Fluge der Gesamtarbeiterschaft ausarten. Die Kollegenhaft, insbesondere die Anschläger, möge sich diese Notiz merken und sofort alles beanstanden, damit die Nietmaschine, gleichgültig in wessen Besitz sie ist, nicht als Mittel zu Lohnbrüderereien benutzt wird.

Die Zustände in der Sattellindustrie und die Sattelmacher!

Mit der Bitte um Veröffentlichung geht uns folgender Aufruf zu:

Es ist wirklich an der Zeit, daß wir uns in unserer Branche etwas näher kennen lernen und nach der Art, wie das bereits andere Branchen (Reisefelle, Treibriemen, Militär- und Wagenbranche) uns vorgemacht haben, eine Sektion innerhalb unseres Verbandes bilden, die über das ganze Reich verbreitet ist und durch eine Zentralkommission zusammengehalten und ständig informiert wird. Denn es bestehen in der Sattelfabrikation Zustände, die man kaum für möglich halten sollte. Und es drängt sich mir die Frage auf: „Wie ist das nur heute überhaupt noch möglich?“

Die Löhne, die man heute in Berlin für die Herstellung der Sättel zahlt, sind sicher noch nicht so, wie sie sein könnten und sein müßten, denn bei den jetzigen teuren Zeiten hat man keine liebe Not, um sich ehrlich durchs Leben zu schlagen. Wir können andererseits wiederum nicht von einer oder einigen Firmen, die bereits wesentlich höhere Löhne als die Konkurrenz zahlen, verlangen, daß sie die Löhne weiter erhöhen sollen, während die Konkurrenz unbeschäftigt bleibt. Wollen wir aber diese Mißstände beseitigen, bleibt uns kein anderes Mittel übrig, als den oben schon angedeuteten Weg zu beschreiten.

Der Gesamtverband kann sich unmöglich bis ins kleinste Detail hinein um die Spezialfragen der Sattelmacher kümmern, es fehlt der übrigen Kollegenhaft auch die genaue Kenntnis des Sachverhalts. Der Gesamtverband kann nur unsere mächtige Stütze sein, kann nur den ehernen Rückhalt bilden, an den wir uns im Falle eines Sturzes trotz und zurechtzulegen können. Aber, Kollegen, die nötigen Vorarbeiten, die Erforschung unserer Verfassung und die Beschlußfassung über die eventuell zu ergreifenden Maßnahmen, kurz und gut, unsere ureigensten Angelegenheiten, die müssen wir selbst zur Regelung in die eigenen Hände nehmen. Die übrige Kollegenhaft kann uns wohl unterstützen, aber den Anfang müssen wir selbst machen.

Vor allen Dingen müssen wir zunächst einheitliche Preise schaffen, und da wir nun einmal noch auf die Arbeitgeber angewiesen sind, so erleichtern wir denselben die Konkurrenz, indem wir alle Hebel in Bewegung setzen, um über ganz Deutschland einen unsere traurige Lage verbesserten Einheitspreis festsetzen.

So zahlt z. B. eine Firma in Hannover für Sättel, die sie als „Exportartikel“ bezeichnet, welche aber wie gewöhnliche Sättel gearbeitet werden müssen (der Sitz gepolstert wie jeder andere Sattel), den horrenden Preis von sage und schreibe 3,50 bis 3,75 Mk. ohne Rissen. Und da gibt es wirklich in unserer Verfassung noch Leute, die bei der jetzigen Geschäftslage, wo dieselben doch überall Arbeit erhalten und mehr verdienen können, sich dort hinschicken und für das Geschäft arbeiten und sich abschaffen und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, um mit einem Verdienst nach Hause zu gehen, welcher zum Sterben zu viel und zum Leben wirklich zu wenig ist. Auch werden sämtliche anderen Sättel in demselben Geschäft weit unter den jetzt überall üblichen Preisen bezahlt.

Wie ist das nur heute noch möglich? so frage ich wieder! Dem Unternehmer selbst können wir es nicht verdenken, sondern im Gegenteil, er müßte, wenn er so gebildete „Schafe“ in seinem Stalle hat, die Nationen noch verkleinern, damit unsere Kollegen endlich einmal zur Vernunft kommen und sich sagen, so kann es nicht weitergehen, wir müssen die Preise, welche überall bezahlt werden, auch hier in Hannover erhalten; und wenn der betreffende Arbeiter noch etwas Ehrgefühl hat, und sieht, daß wir alle für einen stehen, wird er und

mir eine besondere Sektion der deutschen Sattelmacher haben. Wenn wir auch keine großen Sektionen abhalten können, zu welchen wir alle persönlich erscheinen, da wir doch in verschiedene Städte verteilt sind, so könnten wir uns doch schließlich schriftlich oder durch die „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ fortdauernd auf dem Laufenden erhalten.

Da ich nun selbst verschiedene Kollegen persönlich kenne, welche keinem Verbandsangehörigen, sich jedoch des Offenen anhängen, einer Sektion der Sattelmacher innerhalb des Gesamtverbandes der Sattler und Portefeuller würden sie gern beitreten, so bitte ich dieselben, sich für die Sache etwas zu interessieren und etwaige Vorschläge zu machen, wie wir uns am besten in einer für uns so wichtigen Sache nähern können.

Es gibt ja schließlich noch mehr solcher Geschäfte, in welchen man nicht existieren kann und da man nie weiß, ob man sich verändern will oder muß, es aber für uns eine große Erleichterung ist, wenn wir wissen, wir können auch in jedem anderen Geschäft unter denselben Bedingungen arbeiten, so rufe ich Euch noch einmal zu:

Kollegen! Küßt Euch und schart Euch zusammen! Verjagt Eure traurige Lage zu verbessern! Es handelt sich nicht nur um Euch allein, sondern denkt, viele von Euch haben auch Frau und Kinder.

Etwaige Vorschläge bitte man baldmöglichst zu machen und die Redaktion der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ einzufenden.

Auch möge man sämtliche Preise für Sättel, wie dieselben in den verschiedenen Werkstätten gezahlt werden, mit einenden. Dieselben werden jedoch noch nicht veröffentlicht, aber dieselben sind für uns von großem Nutzen, denn daraus können wir die traurigen Verhältnisse am besten erkennen und auf Abhilfe sinnen. Besonders mögen sich aber die Kollegen in Hannover daran beteiligen. Auch wäre es sehr erwünscht, von jeder Werkstatt die niedrigsten und die höchsten Tagelöhne der Sattelmacher und deren Teilarbeiter mit einzufenden.

In der Hoffnung, daß sich alle Sattelmacher für diese so wichtige Sache interessieren,

zeichnet mit kollegialem Grusse

J.

Offenbacher „Wurfsichtigkeit“.

Als ich die „Abwehr“ von C. S. gelesen hatte, nahm ich nochmals meinen Artikel her, der zur Hälfte den grimmigen Hornesausbruch verursacht hat, und las ihn aufmerksam durch. Was ich aber suchte, fand ich nicht. Und so sagte ich mir: Müßen dem die Offenbacher das Leben fauer machen, daß er mich derart vermöbelt!

C. S. wird wohl selbst vermuten, daß ich zu dem schwarzen Witze, daß er von meiner vermutlichen Persönlichkeit mit der „bekannten Manier“ entworfen hat, auch etwas zu sagen hätte. Aber es gehört eben zu meiner bekannten Manier, persönliche Angriffe nicht tragisch zu nehmen, selbst wenn sie daneben treffen. Ich will also annehmen, daß alles das, was er mir unterstellt, ebenso richtig wie es falsch ist. Ich weiß ja, wie sehr meine Reputation leiden muß, wenn ich den blutigen Vorwurf des „hergelassenen“ Ausländers auf mir sitzen lasse. Aber da wir heute uns aus den „dunklen Zeiten“ der „Vergangenheit“ glücklich in das moderne Zeitalter der Erleuchtung herausgeworfen haben, finde ich mich auch damit ab.

Kommen wir also zur Sache wieder zurück. C. S. schreibt, daß die Mittelchen von damals ihre Zugkraft eingebüßt haben.

Es wäre der Sache förderlich gewesen, wenn diese aus der Mode gekommenen Mittelchen näher bezeichnet worden wären. Wenn ich mich der paar Tage, die ich vorübergehend in Offenbach zufällig verbracht habe, genau entsinne, so ist damals in den Versammlungen und Werkstätten, bei der Hausagitation und in der Zeitung, von allen Kollegen, die sich in der Agitation und Organisation betätigten, nur das geltend gemacht worden, was zu einer gewerkschaftlichen Kampforganisation gehört.

Was sein, daß wir es damals leichter gehabt haben. Ich will meine ebemeren Erinnerungen nicht auspausen. Ich könnte dem Kollegen C. S. sonst erzählen, wie leicht es besonders jener Ausländer, auf den er es abgesehen hat, damals hatte. Kollege C. S. weiß davon natürlich nichts.

„Gerade dieses schnelle, treibhausartige Wachstum des Portefeullerverbandes“, schreibt C. S. weiter, „ist ja mit schuld an der Misere, die wir heute haben.“ Wenn das „treibhausartige Wachstum“ des ehemaligen Portefeullerverbandes, das mir C. S. vorwirft, von heute und gestern wäre, dann hätte dieses Argument seinen Wert. Es ist richtig, daß es sehr schwer war, nach der ersten Begeisterung

die Mitglieder durch die Krise von 1901—1903 durchzubringen, zumal es damals noch keine Arbeitslosenunterstützung gab. Aber seit der Gründung des früheren Portefeuller-Bundes sind doch mehr als 10 Jahre verstrichen. Die unfähigen Ausländer sind durch erbeigefessene Kollegen glücklicherweise ersetzt worden, die das nachholen, was in diesem so wichtig ist als das Werben neuer Mitglieder.

Seitdem sind Jahre, viele Jahre verstrichen. Wir haben zwei Lohnbewegungen und eine Reihe Einzelstreiks gehabt. Wir haben die Beiträge erhöht und unsere Verschmelzung mit dem Verbands der Sattler vollzogen. Und trotzdem sollen immer noch die Mittelchen der Ausländer an der Misere schuld sein. Das scheint mir unwahrscheinlich. Ich glaube meinerseits, daß die Schuld an den beklagenswerten Zuständen gerade darin zu suchen ist, daß wir die „Mittelchen“ von damals in die Kumpelkammer geworfen haben.

Nun lag mir nichts ferner, als die Schuld an dieser Vernachlässigung den leitenden Personen im allgemeinen und Kollegen C. S. im besonderen aufzuhalsen. Es gehört überhaupt nicht zu meiner bekannten Manier, Moral zu predigen und Personen für Zustände verantwortlich zu machen, die stärker wie sie sind, wo sie nun auch ausgewachsen sein mögen. Es sind gewiß auch unbestreitbare Fortschritte zu verzeichnen. Kollege C. S. hat auf die Zentralbibliothek hingewiesen, von der jener Ausländer vielleicht doch etwas weiß, zumal er deren Gründer ist. Aber das konnte Kollege C. S. natürlich nicht wissen.

Die Frage ist nur, ob das, was geschehen ist, was besonders in dieser Beziehung von unserer Organisation geschehen ist, genügt. Oder glaubt Kollege C. S., daß es genügt, die Schäden und Mängel in einzelnen Teilen zu zeigen, damit diese verschwinden? — In solchen Dingen ist es weit heilsamer, den Dingen auf den Grund zu gehen und nach den Ursachen zu forschen. Die Symptome der Krankheit kennen wir.

Sie äußern sich in dem bekannten „Geidler“, in den nicht minder bekannten Heusen-Kammer Stündchen, im In-den-Sack-Lügen, in der Vermählungsleere, in dem Mangel an gewerkschaftlichem Ehrgefühl, in einem falschen Egoismus, der sich selbst ausbeutet usw. usw.

Das wissen wir leider nur zu gut. Mit der Aufzählung der Krankheits-symptome wird der Kranke aber noch nicht gesund. Kollege C. S. hat uns nichts gesagt über die Ursachen der Krankheit, nichts über die Heilmittel. Es genügt nicht, die alten „Mittelchen“ zu bemerken. C. S. hätte eben andere, neue Mittel vorzuschlagen. Aber gerade darin versagt er. Er hält die Vorschläge des Kollegen S. W. wörtlich noch einigens zu sagen sein wird, für inopportun, meine für wertlos.

Solange uns Kollege C. S. aber nicht bessere Mittel vorschlägt, so lange bleiben wir bei unserer Auffassung.

Man interessiert nur, wenn man interessant ist. Das müßte auch unsere Organisation sein. Ein einzelstehendes Mitglied.

Brief aus Amerika.

Man schreibt uns: The Brotherhood of Leather Workers, unsere amerikanische Brudergeneration, hatte versucht, in den „Vereinigten Staaten“ den Achtstundentag zu erringen, leider ohne Erfolg. Dagegen wurde der Neunstundentag, mit wenigen Ausnahmen, überall durchgeführt. Die Organisation will aber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, für die Zukunft den Weg zum Achtstundentage freizulegen, und nicht ruhen und rasten, bis dieser erreicht ist. Der Generalvorsitzende W. E. Bryan warnt die Kollegen, ihre Söhne in diejenigen Sattlerien und Geschirrfabriken in die Lehre zu geben, wo die Zahl der Lehrlinge eine unbegrenzt hohe ist. Die Lehrlingsjücherei müsse energig bekämpft werden, denn die jungen Leute lernen hier nichts, sind später nicht einmal instande, ihren Beruf voll und ganz auszufüllen, und als Hauptfaktor ist noch anzuführen, daß dadurch ein Ueberfluß an Arbeitskräften erzeugt wird, welcher zur allgemeinen Lohnreduzierung führen muß.

Desgleichen wird auch an die unorganisierten Kollegen ein Mahnruf gerichtet, sich mehr und mehr der Organisation anzuschließen. Denn sie selbst müßten doch wissen, daß das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gehilfen heute nicht mehr bestehen kann. Solange das heutige Fabrik-system sich noch in den Kinderstufen bewegte, mochte es wohl noch bestanden haben. Aber seitdem die Profitgier des Kapitalismus uns sich gegriffen hat, ist ein solches Verhältnis undenkbar.

The Review of Labor Legislation of 1910 weiß neuerdings zu schreiben, daß in verschiedenen Staaten Gesetze geschaffen werden sollen zur Verbesserung der Ausbeutung der Arbeiter. Desgleichen werden gesetzliche Maßnahmen für die Haftbarkeit bei Unfällen, ohne Rücksicht auf wessen Verschulden, getroffen werden. Auch bis Er-

richtung von Alterspensionen wird in Erwägung gezogen werden. In New Jersey wurde nach einem langen Kampfe die Nachtarbeit der Kinder gänzlich verboten.

Auch die sanitären und hygienischen Zustände sowie die Vorkehrungsmaßregeln gegen Unfälle in den Minen werden eine weit strengere Kontrolle zu bestehen haben als bisher; es wird hierzu viel das Bergwerksamt von Illinois beitragen.

Nicht nur in dieser Hinsicht, sondern auch eine bessere Lohnregelung und eine kürzere Arbeitszeit in den verschiedenen Fabriken und Branchen wird durch die diesjährige Gesetzgebung ihre Förderung erfahren. In Lohnvertragsfragen und auch bei Arbeitslosigkeit soll die Gesetzgebung vermittelnd eingreifen.

Wirt man nun noch einen Blick auf die Berichte der einzelnen großen Firmen in unserem Berufe, so kann man im allgemeinen feststellen, daß eine Besserung in der Geschäftslage eingetreten ist, was gewiß sehr erquicklich ist.

Zwölfstündiger Lehrer in Luzerne county beschlossen einstimmig, sich der „American Federation of Labour“ anzuschließen, in der Hoffnung, daß die moralische und finanzielle Unterstützung sie in den Stand setzen werde, eine wohlwollendere Gesetzgebung, höhere Saläre und bessere Lebensbedingungen erlangen zu können. Sie verlangen ein Gesetz, welches ihnen einen auskömmlichen Mindestlohn gewährt, und ein zweites, welches ihnen nach fünfjähriger Dienstzeit eine Lebensstellung verschafft. D. S.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lohnbewegung in den Kinderwagenfabriken in Zeitz. In der Kinderwagenindustrie in Zeitz sind rund 2000 Arbeiter beschäftigt. Zeitz ist das Hauptzentrum für diese Industrie in Deutschland. In der größten Fabrik (C. A. Räther) werden gegen 500 Arbeiter beschäftigt, während die übrigen Arbeiter sich auf weitere 11 Betriebe verteilen. In Frage kommen hauptsächlich Hornmacher, Stelmacher, Maschinen- und Metallarbeiterverband sowie die Verbände der Sattler und Portefeuller und Maler und Lackierer. Von unserem Berufe kommen circa 175 Beteiligte in Frage, von denen etwa ein Viertel männliche und drei Viertel weibliche sind.

Die Arbeiter fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden pro Woche. Neben dem Ansuche für Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf., einen Mindestlohn von 45 Pf. für Arbeiter über 20 Jahre alt, für Hilfsarbeiter von 36 Pf. und für Arbeiterinnen von 25 Pf. pro Stunde, sowie einen Aufschlag von 15 Prozent auf alle Akkordpreise.

Zu bemerken ist, daß für die übrige gesamte Holzindustrie in Zeitz die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit vertraglich festgesetzt ist. — Die Forderungen sind den Fabrikanten am Montag unterbreitet und haben die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen um baldige Antwort gebeten. Von dieser wird es abhängen, ob der Friede gewahrt bleibt. Die bisherigen Löhne sind so niedrig, daß dieselben dringend einer Aufbesserung bedürfen. Wochenverdienste für verheiratete Arbeiter von 15 bis 17 Mk. sind keine Seltenheit.

Aus unserem Beruf.

HW. Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Sattler- und Portefeuller-Verbandes im 4. Quartel 1910 hatte zur Folge des Jahres, hauptsächlich in der Militäreffekten- und Anschlägerbranche, einen selten großen Umfang angenommen. Auch der Beschäftigungsgrad in der Lederwarenindustrie ist erheblich gesunken. Nur die Automobilbranche kann von einem einigermaßen befriedigenden Geschäftsgang sprechen. Die Zahlung ertrug sich auf 11 693 männliche und 940 weibliche Mitglieder, wovon 1366 bzw. 129 insgesamt 19 270 Tage am Orte und 966 Tage auf der Reise arbeitslos waren. Unterstützung am Orte erhielten 582 männliche für 7873 Tage 9880 Mk., 12 weibliche für 162 Tage 154 Mk. Reiseunterstützung wurde in 330 Fällen für 897 Tage 914 Mk. gezahlt.

Die Verfügung des Kriegsministers, die Abschaffung der Handnaht und deren Ersetzung durch die Maschinennaht betreffend, ist uns zwar noch immer nicht in ihrem Wortlaut bekannt geworden, doch sind wir in der Lage, eine Verfügung eines Bekleidungsamtes zu veröffentlichen, die, wie wir annehmen, den Erlaß des Herrn Kriegsministers, wenn auch nicht wortgetreu, doch aber sicher sinngemäß wiedergibt. Sie lautet also:

Bekleidungsamt des VI. Armee-korps.

Breslau, den 26. November 1910.

Gemäß Verfügung des Kriegsministeriums wird den Fabrikanten hierdurch allgemein frei-

gestellt, alle Nähte, für die in den Vorschriften oder nach den Proben Handarbeit vorgezogen ist, auch mit der Maschine ausführen zu lassen. Voraussetzung ist jedoch, daß daselbe Nähmaterial wie bei der Handnaht verwendet wird und daß die Haltbarkeit der Maschinennaht nicht geringer ist als die der Handnaht.

Aus dieser Verfügung kann jeder Sachmann entnehmen, daß auch in Zukunft die Maschinennaht auf ihrem früheren Umfang beschränkt bleiben müßte. Denn — eine Maschine, die daselbe Nähmaterial verarbeitet wie der Handnäher — gibt es nicht!! Und — eine Maschinennaht, deren Haltbarkeit nicht geringer ist als die der Handnaht — gibt es auch nicht!! Es gibt wohl Nähte, an deren Haltbarkeit so mögliche Anforderungen gestellt werden, daß sie ohne weiteres mit der Maschine hergestellt werden können, aber auf die jetzt von den Fabrikanten ausgeübte Praxis trifft die Verfügung des Ministers wirklich nicht zu. In allerfrühester Zeit werden die Bekleidungsämter mit Schreden diese Wahrnehmung machen müssen. Uns kann's recht sein, denn die meisten Nähte, die jetzt mit der Maschine genäht werden, müssen binnen kurzer Zeit mit der Hand nachgenäht werden. Aber das ist doch dann keine Eripansis?!

Neues vom Kanis! Der Sattler Otto Kanis, von dem wir bereits wiederholt berichtet haben, hat augenscheinlich „Rech“ und wird vom Unglück hart verfolgt. Der gute Mann hatte bekanntlich, nachdem er unserem Kassierer in Varel 4 Mk. abgehändelt und dem preußischen Eisenbahntiskus zu einer überflüssigen Einnahme für eine nicht verwendete Fahrkarte von Hannover nach Eldenburg verhalf, in Hannover als „nützliches Element“, beruht von Bethmann Hollweg, er tutti quanti, die Tätigkeit im besetzten Betriebe der „Automobilwerke“ aufgenommen. Doch — leider — möchten wir beinahe sagen, ist er schon wieder weg! Denn er, der Kanis nämlich, konnte, wie uns mitgeteilt wird, „Mein“ und „Dein“ nicht genügend unterscheiden. Er gehörte also, wie es scheint, zu einer Sorte von Menschen, von denen das Sprichwort sagt: Was die um 11 Uhr sehen, ist um Mittag ihr „Eigentum“!

Schade, wirklich schade! Solche Leute gönnen wir den Unternehmern wirklich aufrichtig! Je mehr sie von dieser Sorte haben, desto besser für uns.

Aus Industrie und Handel.

In der Lederwarenbranche entwickelt sich, wie uns mitgeteilt wird, das Geschäft günstig; sowohl Berliner als Offenbacher Fabrikanten haben gut zu tun und auch für spätere Lieferung befriedigende Aufträge in Händen. Die Aufträge, die auf die neuen Muster eingehen, entscheiden den gegungen Erwartungen, und wenn auch die neue Saison kaum besonders hervorhebende Neuheiten mit sich bringt, so findet doch die Gediegenheit und Solidität der Kollektionen verdiente Beachtung und Anerkennung bei den Konsumenten. Das Geschäft in Portefeulle- und Bhandtascheleben profitiert naturgemäß von der günstigen Geschäftslage und bei dem feinen „Geschäftspüßchen“ über den die Herren Lederbändler und Fabrikanten verfügen, ist als sicher anzunehmen, daß man, wenn es irgend möglich ist, den Preisen der in Frage kommenden Lederorten wiederum noch etwas „nach oben“ helfen wird.

Im Anschluß hieran dürfte noch interessieren, daß sich in Amerika, das bis vor wenigen Jahren noch eine ziemlich bedeutungslose Lederwarenindustrie hatte und auf den deutschen Import angewiesen war, die Lederwarenindustrie ungewöhnlich kurz ausgebildet hat. Amerika führt seit einigen Jahren schon von Jahr zu Jahr steigende Mengen von Lederwaren nach England aus und tritt dort mit den deutschen Fabrikanten in Wettbewerb. Erfreulich ist, daß die amerikanischen Lederarbeiter die Wichtigkeit ihrer Position erkennen. Denn die nordamerikanischen Arbeiter der feinen Lederwarenindustrie, die sich kürzlich organisiert haben, planen einen Streik, um höhere Löhne und Anerkennung ihrer Organisation zu erzielen. In Betracht würden etwa 6000 Personen der Lederwarenindustrie kommen. Es handelt sich um Fabriken, die Lederbörsen, Damenledertaschen, Notizbücher, Meistertaschen, Lederfuturale und alle Arten feiner Lederwaren, speziell Neuheiten herstellen, eine Industrie, die sich in den letzten beiden Jahren in den Vereinigten Staaten fast vervierfacht hat. —

Die Generalinspektion des Kriegsministeriums in Konstantinopel hatte den Zuschlagstermin für die Lieferung von 200 000 farbigen Tornistern auf den 16. d. Mts. verlegt. Ueber den Ausgang des selben ist noch nichts bekannt.

In Weidach, Rheinland, ist die erst seit Jahresfrist bestehende Sieg-Rheinische Leder- und Treib-

riementwerte G. m. b. H. mit etwa 140 000 Mark Passiva in Zahlungsschwierigkeiten geraten. An Afrika lebten etwa 60 000 Mark gegenüber. Die Gesellschaft war von früheren Angestellten der Reichener Nierenlederfabrik Ernst Jung mit einem Kapital von 25 000 Mark gegründet worden. Sie versucht jetzt einen Vergleich in Höhe von 40 bis 50 Proz. zustande zu bringen. Da ausreichende Bürgschaft nicht vorhanden sein soll, glaubt man nicht an das Zustandekommen eines Vergleiches.

Inzwischen ist der Konkurs bereits eröffnet worden.

Korrespondenzen.

Augsburg. (E. 14. 1.) Am Samstag, den 7. Januar, fand unsere Generalversammlung im „Mittelsbacher Hof“ statt, welche sehr lebhaft verlief. Besonders rief der Beschluß des Zentralvorstandes: „Aufhebung des Gaues München und Zuteilung zum Gau Stuttgart“ eine lebhafteste Debatte hervor. Sämtliche Redner kritisierten, daß der Zentralvorstand uns nicht die geringste Mitteilung zumommen ließ, so daß wir erst aus dem Münchener Versammlungsbericht die ganze Sachlage erfuhren. (Anm. der Redaktion: Der Zentralvorstand hat die Umgestaltung des Gaues München in der Nr. 1 unserer Zeitung bekanntgegeben.) Es ist auch agitatorisch nicht von Nutzen, wenn die Verwaltung alle Jahre einem anderen Gau zugewiesen wird, zumal, wenn, wie es in Augsburg der Fall ist, überhaupt nur durch Hausagitation neue Mitglieder gewonnen werden können. Es ist daher selbstverständlich, daß die Agitation von München leichter und billiger betrieben werden könnte als von Stuttgart aus. Es wurde der Vorsitzende beauftragt, ein Schreiben in dieser Angelegenheit an den Zentralvorstand zu richten. — Weiter wurden die Neuwahlen vorgenommen; der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Breslau. (E. 13. 1.) In unserer am 7. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung begrüßte der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder und ließ dieselben im neuen Jahre willkommen. Zunächst wurde zur Wahl der Revisoren geschritten und die Kollegen Tiz, Kamalla und Ledda mit diesen Posten betraut. Im weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß auch im neuen Jahre die Mitgliederversammlungen vierwöchentlich, die Branchenversammlungen jedoch nur nach Bedarf abgehalten werden sollen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Statistik fleißig weitergeführt werden müsse, da im Frühjahr Fragebogen zur Ausfüllung gelangen, welche den Zweck haben, den Arbeitgebern genau nachzuweisen, was verdient wurde. Weiterhin wurde bekannt gegeben, daß die Firma Cohn (Koffer- und Taschenfabrik) unseren Vertrauensmann gemäßregelt hat, dem vom Zentralvorstand die Mahrgeldunterstützung bewilligt wurde. Die Zustände bei dieser Firma wurden von den Kollegen lebhaft kritisiert. Eine empfehlenswerte Firma ist die Firma Cohn jedenfalls nicht. Hierauf gab der Vorsitzende die Erhöhung der Kartellbeiträge kund, die infolge der Kosten des Jugendheims, welches sich Matthiasstraße 46 I befindet, sich notwendig machte. Zum Schluß wies das Vergütungskomitee nochmals auf den am 28. Januar stattfindenden Mastenball hin und bat um zahlreiches Zutritt. Anwesend waren circa 50 Kollegen.

Duisenhamm. (E. 14. 1.) Am Sonntag, den 8. Januar, fand im Botale von Herrn Georg Baum unsere Generalversammlung statt. Es fanden folgende Punkte zur Beratung: 1. Jahresbericht. 2. Kartellbericht. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 4. Neuwahl der Ortsverwaltung. 5. Bezirkskonferenz. 6. Verschiedenes. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Georg Wilhelm. Er kritisierte den durchaus ungenügenden Versammlungsbesuch im Jahre 1910 und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen in diesem Jahre nicht nur die Versammlungen fleißiger besuchen, sondern auch die uns noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen versuchen werden. Denn am Orte sind 175 männliche, 65 weibliche Berufsangehörige und 36 Lehrlinge, von denen noch immer ein Teil unserem Verbands fernsteht.

Zu Punkt 2, Kartellbericht, wurde vom Kollegen Ohlig bemerkt, daß die Kollegen die von dem Gewerkschaftskartell errichtete Bibliothek in Zukunft besser benutzen sollen.

Zu Punkt 3, Vorstandswahl, übernahm das älteste Mitglied den Vorsitz. Der jetzige Vorstand wurde wiedergewählt, nur wurde an Stelle des Schriftführers, der sein Amt niederlegte, der Kollege Bernhard Ohlig, und an dessen Stelle als Beisitzer der Kollege Hermann Müller gewählt. Auf die ausgeschriebene Unterkassiererstelle meldete sich die Kollegin Katarina Schmidt, welche auch von der Versammlung einstimmig gewählt wurde. Als Kartell-

belegierte wurden die Kollegen Seberitz, Kraus, Hermann Müller und Karl Eulenbach gewählt. Die Abrechnung konnte nicht gegeben werden, da die Kollegen von Diebenbach ihre örtliche Abrechnung noch nicht eingeschickt hatten; dann wurde auch beschlossen, die Diebenbacher Kollegen an die Ortsverwaltung Essenbach abzugeben. Die von der Gewerkschaft für Sonntag, den 5. Februar, einberufene Bezirkskonferenz und die Besprechung deren Tagesordnung sowie die Wahl eines Delegierten sollen in einer besonderen Versammlung, die auf Sonntag, den 22. Januar, festgesetzt wurde, vorgenommen werden.

Unter „Verschiedenes“ wurden für die weitere Verbesserung der Kartellbibliothek 5 Mk. bewilligt. Zum Schluß richtete der Vorsitzende nochmals an die Versammlung die Bitte, eifrig für den Verband zu agitieren, damit wir mit der nötigen Macht in unsere diesjährige Lohnbewegung eintreten können, und schließt die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und auf die diesjährige Lohnbewegung.

Königsberg. (E. 10. 1.) Am Dienstag, den 10. Januar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im „Kessenturm“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandsbericht und 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Kollege Donalies über: „Die Unterdrückung der Weisjollen und die Steuerhinterziehung der Reichs.“ Redner schilderte eingehend die Ereignisse in der letzten Zeit. Er zeigte, wie immer mehr die arbeitende Bevölkerung durch Steuern belastet und die besitzende Klasse dagegen von diesen Steuern weniger getroffen wird. Am Schluß seines Vortrages erinnerte Kollege Donalies daran, daß in diesem Jahre die Reichstagswahlen stattfinden und daß es dann an uns ist, mit all diesen Herren eine gründliche Abrechnung zu halten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Dieblich den Kassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß wir wieder ruhig vorwärts schreiten. Die Kasse war von den beiden Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Demgemäß wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der nun erfolgenden Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt, nur an Stelle der beiden auscheidenden Revisoren wurden die Kollegen Hermenau und Göpfer gewählt. Unter Verschiedenes wurde den Versammlungsschwängern vom Vorstande eine Angelegenheit und noch einige Verbandsangelegenheiten erörtert. Darauf erfolgte in vorgerückter Stunde Schluß der einigemäßen gut besuchten Versammlung.

Magdeburg. (E. 15. 1.) Am 11. Januar 1911 fand in der „Burgstraße“ unsere erste diesjährige Versammlung statt. Nach der Abrechnung vom 4. Quartal wurde zur Wahl des Vorstandes übergegangen. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege C. Kühn, als 2. Vorsitzender Kollege W. Scharnweber, als Kassierer Kollege Krauß, als Schriftführer Kollege H. Schacht. Mit der Wahrnehmung unserer Interessen im Gewerkschaftskartell wurde Kollege W. Köhlke betraut.

Hieran schloß sich die Beratung der Statuten zur Lokalkasse, welche auch nach einigen Diskussionen zur Zufriedenheit aller Kollegen zustande kamen. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, stets so zahlreich zu erscheinen wie heute. Es waren circa 65 Kollegen anwesend.

Mentlingen. (E. 18. 1.) Am Sonntag, den 8. Januar, fand unsere jährliche Generalversammlung beim Kollegen Schöfer, „Zum Krug“, statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, wobei er die wirtschaftlichen Kämpfe, die im letzten Jahre geführt wurden, streifte, insbesondere diejenigen in unserer Branche, dabei hervorhebend, daß es am heiligen Orte ebenfalls notwendig gewesen wäre, unsere Lage zu verbessern, da dieselbe keine rosige ist. Aber durch das Verhalten einiger Kollegen wurde dieses unmöglich gemacht. Mitgliederbesammlungen fanden 12 statt, welche fast ausnahmslos gut besucht waren. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen, treu zur Sache zu halten, da uns in diesem Jahre auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete große Kämpfe bevorstehen. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde an Stelle des erkrankten Kassierers vom Vorsitzenden gelesen. Die Einnahmen betragen 125,46 Mk., die Ausgaben 97,90 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 18. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden sämtliche bisherigen Verwaltungsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Als Unterkassierer wurde Kollege Klumpeneweg gewählt. Kollege Fr. Müller erstattete den Kartellbericht, aus welchem hervorging, daß die letzte Volksvorstellung gut besucht war. Des Weiteren kam in der Sitzung ein Brief zur Sprache vom Gauleiter des Transportarbeiterverbandes wegen Anerkennung des Tarifes beim hiesigen Konsum- und Sporberein. Kollege J. Müller, welcher Aufsichtsratsmitglied ist, gab nähere Auskunft, dabei betonend, daß sich die Verwaltung einem Tarife nicht feindselig gegenüber-

stelle. Solange aber die in Betracht kommenden Arbeiter einer Organisation feindselig gegenüberstehen, solange hat die Verwaltung keinen Anlaß, den Tarif, der zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossen ist, anzuerkennen. Sobald die Arbeiter sich organisieren, sei die Verwaltung jederzeit bereit, in Tarifverhandlungen einzutreten. Unter „Verschiedenes“ wurde der Vorsitzende beauftragt, mit dem Gauleiter in Verbindung zu treten wegen eines Referates in einer der nächsten Mitgliederversammlungen. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Generalversammlung.

Miel. (E. 18. 1.) Am 10. Januar fand im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 24 Kollegen. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt Kartellbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Unter dem ersten Punkt teilte der Vorsitzende mit, daß eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsdelegierten der Provinz Schleswig-Holstein in Neumünster stattfand. Zweck dieser Konferenz war, Beschlußfassung für den Reichstagswahlkampf, einen Pflichtbeitrag von 50 mindestens 30 Pf. zu zahlen, jedoch könnte dieser Beitrag den örtlichen Verhältnissen entsprechend erhöht werden. Zur Verwaltung der Gelder wurde eine Kommission von 15 Personen gewählt. Hierüber fand eine längere Debatte statt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als Vorsitzender an Stelle des Kollegen Krüger Kollege Nams gewählt, als Kassierer Wehste, als Schriftführer Padermittl, als Revisoren Krüger und Peterßen, als Kartelldelegierter Krüger, als Gaukassierer blieb Kollege Lunau und Lokalkassenverwalter Kollege Nams. Am „Verschiedenes“ wurde beschlossen, wie alljährlich so auch in diesem Jahre unser Stiftungsfest zu feiern. Um die nötigen Vorarbeiten zu machen, wurde ein Komitee von 4 Personen gewählt. Am Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende dem Wunsch Ausdruck, daß die Kollegen doch immer so zahlreich erscheinen möchten wie heute.

Freiberg i. Sa. (E. 18. 1.) Am Sonnabend, den 14. Januar, fand die Generalversammlung der hiesigen Zählstelle im „Restaurant Union“ statt. Dieselbe war von 57 Mitgliedern besucht. Nachdem Kollege Wittner, welcher nach langer Krankheit die Geschäfte wieder übernommen hatte, die Versammlung eröffnet hatte, gab zunächst der Kassierer Kollege Dietel den Bericht vom 4. Quartal und vom Jahre 1910. Aus ersterem ging hervor, daß an Beiträgen 308,50 Mk. für Eintrittsgeld 3 Mk. und für zurückgezahlten Rechtszuschuß 8 Mk. eingenommen wurden. An Unterstützung wurden 110,50 Mk. ausgezahlt. Der Kartellbeitrag konnten 219,30 Mk. und der Lokalkasse 79,70 Mk. zugewiesen werden. Die Mitgliederzahl stieg erfreulicherweise von 55 männlichen Mitgliedern auf 72 männliche und 4 weibliche Mitglieder. Dann gab der Kassierer den Jahresbericht von 1910 bekannt. Es wurden 2794 Marken zu 50 Pf., 28 Marken zu 25 Pf. und 14 Mitgliedsarten abgegeben. Für Unterstützungen wurden im Jahre 1910 folgende Beträge verausgabt: An Krankenunterstützung 207 Mk., Arbeitslosunterstützung 133,75 Mk., Reiseunterstützung 23 Mk., Werkunterstützung 25 Mk., Rechtszuschuß ufm. 42,35 Pf. An die Hauptkasse abgegeben wurden 631,00 Pf. Der Lokalkasse wurden 280,50 Pf. zugewiesen.

Das Vermögen der Lokalkasse stieg von 227,08 Mark auf 272,20 Pf. Für auswärtige Unterstützung wurden 56,55 Mk. und für durchreisende Kollegen 9 Mk. ausgegeben. Die Mitgliederbewegung war folgende: Am 1. Januar 1910 hatte die Zählstelle 60 männliche Mitglieder zu verzeichnen. 10 männliche und 4 weibliche Mitglieder traten bei, zugereist waren 20 männliche Mitglieder, vom Militär zurück und von anderen Organisationen meldeten sich je 1 männliches Mitglied. Abgereist waren 17 männliche, ausgestreut 2 männliche Mitglieder, und nach § 4 Abs. 2 ein männliches Mitglied ausgeschlossen. Es waren sonach am 31. Dezember 1910 72 männliche und 4 weibliche Mitglieder zu verzeichnen.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer von der Versammlung Decharge erteilt.

Aus den nun erfolgenden Neuwahlen gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: Kollege Wittner als 1. und Kollege Linke als 2. Bevollmächtigter, Kollege Dietel als 1. und Kollege Liebe als 2. Kassierer; als Revisoren wurden die Kollegen Kolmorgen und Singer gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege P. Biegler und als Kartelldelegierter Kollege Kolmorgen einstimmig wiedergewählt.

Zu Punkt „Verschiedenes“ regte Kollege Liebe an, daß die Mitgliedsarten und Bücher alle vier Wochen zur Kontrolle abgegeben werden sollen (aus wichtigen Gründen). Dieser Anregung wurde von der Versammlung zugefimmt.

Nachdem noch verschiedene lokale Angelegenheiten geregelt und der Vorsitzende auf die am 21. Januar stattfindende Versammlung hingewiesen

hatte, wurde die Versammlung nach Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern geschlossen.

Gegen i. W. (S. 18. 1.) Die am Sonntag, den 15. Januar, stattgefundene Versammlung war leider nur schwach besetzt, da die meisten Kollegen es vorgezogen hatten, dem Winterport zu buldigen. Nach Erledigung der Vertragszahlung und Erstattung des Jahres- und Quartalsberichts durch Kollegen Wehner wurde zur Wahl geschritten. Zum Verordneten wurde Kollege Wehner wiedergewählt. Schriftführer wurde der Kollege Eger und stellvertretender gleichfalls der Kollege Eger. Am 7. Uhr schloß Kollege Wehner die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Versammlung in 14 Tagen von den Kollegen zahlreicher besucht werde, damit auch die anderen Pöhen besetzt werden können.

Erzria. (S. 17. 1.) Am 6. Januar, nachmittags 1/2 9 Uhr, fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kasierbericht vom 1. Quartal, 2. Berichte und Rechnungen der Verbandsfunktionäre, 3. Anträge, 4. Verschiedenes. Der Kasierer berichtete, daß die Einnahmen und Ausgaben der Geniralkasse 224,25 Mk. betragen. Unsere durch den Streik gelittene Kassa ist, dank dem Bemühen der Kollegen, nie wieder zu füllen, bereits auf 248,51 Mk. angewachsen und haben wir etwa kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegen. Darauf gab der Vorsitzende den sehr interessanten Jahresbericht, wurden darin doch den Kollegen die Ereignisse des vergangenen Jahres im Geiste nochmals vorgeführt. Hieran schloß sich eine kurze Debatte, worauf in die Neuwahlen eingetreten wurde. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Kollege Berger; als 2. Vorsitzender Kollege Stelzner; als Kassierer Kollege Verthold und als Schriftführer Kollege Heidenreich. Als Obmann des Arbeitsnachweises wurde Kollege Pohle gewählt. Kartelldelegierter ward Kollege Nothe. Als Revisoren wurden die Kollegen Haffel und Nothe gewählt. Weiter beschloß die Versammlung, den Kollegen, die wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilt sind und nächstens ihre Staatspension antreten müssen, die Unterstützung auf 5 Mk. pro Arbeitstag zu erhöhen.

Franken. (S. 20. 1.) Unsere diesjährige Hauptversammlung fand am 15. Januar 1911, nachmittags 1/2 3 Uhr, in unserem Verkehrlsal „Stadi Zittau“ statt. Nach Entgegennahme der Abrechnung und Entlastung des Kassierers gab der Vorsitzende, Kollege Kettner, den Jahresbericht. Denselben ist zu entnehmen, daß wir das Jahr 1910 mit einer Mitgliederzahl von 26 anfringen und mit einer Zahl von 37 beendeten. Öffentliche Versammlungen wurden zwei, die Mitgliederversammlungen jedoch regelmäßig alle 14 Tage abgehalten. Auch von Differenzen sind wir nicht verschont geblieben, und zwar eine mit Streit bei der Firma E. S. Keuner, Hoflieferant, wegen Einführung eines Tarifs in der Beschreibbranche, welche dann durch Kolll. Niede-Verlin beigelegt wurde. Im zweiten Fall mußte der Gauleiter, Kollege Partsch, erscheinen wegen drohenden Differenzen bei der Firma Aug. Nowak, Wagen- und Karosseriewerk. Hier waren die Differenzen durch die Holzarbeiter verursacht worden, wodurch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Da unsere Zahlstelle jetzt zum schließlichen Gan gehört und dieser sich ziemlich weit erstreckt, ist es dem heidoliten Gauleiter unmöglich, alle Orte, wo unsere Industrie vertreten ist, aufzusuchen. Deshalb hat die Gauleitung mit dem Vorhande der höchsten Verwaltung beschlossene, einen Untergang einzurichten, welchen die Kreisbauhauptmannschaft Franken, mit Ausnahme von Zittau, begrenzen soll. Als Leiter des Unterganges wurde auf Vorschlag der schließlichen Gauleitung Kollege Jungmann gewählt. Wollen wir hoffen, daß diese neue Einrichtung sich zum Nutzen unseres Verbandes gestalten wird.

Hierauf schritt man zur Wahl der örtlichen Verwaltung. Da unser bisheriger Vertrauensmann, Kollege Kettner, eine Wiederwahl von vornherein ablehnte, so wurde der Kollege Schulz als 1. Vorsitzender, Kollege Peters als Kassierer und Kollege Zanghauss als Schriftführer gewählt. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl an. Alsdann erfolgte noch die Wahl von zwei Revisoren und einem Kartelldelegierten, welche auch glatt von statten ging. Sodann brachte Kollege Paaser als Vorsitzender des Vergütungsausschusses die im Februar stattfindende Feier unseres zehnjährigen Bestehens in Erwähnung, welche in Form einer Gedächtnisfeier verschiedener lokaler Angelegenheiten erfolgte. Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung.

Offenbach a. M. (16. 1. 1911.) Eine ziemlich gut besetzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich am Sonntag, den 16. Januar, mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Herbstfest; 2. Bezirkskonferenz und Delegiertenwahl; 3. Verhandlungsangelegenheiten. Kollege Wurm eröffnete die Versammlung

um 8 1/2 Uhr mit der Erklärung, daß die Jahres-Generalversammlung, die sonst als die erste im neuen Jahre stattfinden sollte, wegen der Abrechnung und Jahresberichterstattung erst später stattfinden könne. Mit der Offenbacher Abrechnung ist die der Verwaltungsstellen im Induftriebezirk durch die Bezirks- und Bezirksamtsfunktionäre eng verknüpft. Trotz Wohnung haben aber noch nicht alle Orte die Bezirksabrechnung eingesandt.

Die Abrechnung vom Herbstfest ergab einen Ueberschuß von 288 Mk., etwas weniger als im Vorjahre. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Einmütig wurde beschlossen, die jährliche Abhaltung eines Herbstfestes beizubehalten, jedoch wird der Termin desselben, wenn einigermassen möglich, etwas früher angesetzt werden.

Zu der bevorstehenden Bezirkskonferenz macht Kollege Wurm längere Ausführungen. Auf der Konferenz werden besonders die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung von Wichtigkeit sein. Nachdem in der Frage der Tarifbewegung sowohl in Offenbach, in Branchen- und Vertrauensmännerberatungen, wie auch in allen Orten des Induftriegebietes durch mehrtägige Versammlungen und umfangreiche Konsultationen die Krisisverhältnisse resp. Gauleitung gründlich vorgearbeitet haben, soll sich auch noch eine Bezirkskonferenz mit dem nunmehr fertiggestellten vorläufigen Vertragsentwurf beschäftigen. Die Konferenz wird mit dazu beitragen, ein gemeinsames und planmäßiges Zusammenarbeiten bei der Tarifbewegung im ganzen Bezirk zu erzielen. Auch beim 3. Punkt der Tagesordnung, der mit dem 2. Punkt in enger Fühlung steht, werden dringende Fragen zu besprechen sein. Nach dem Bezirksstatut entfallen auf Offenbach 11 Delegierte und soll die Versammlung entscheiden, ob sie nach dieser Richtung hin von ihrem vollen Rechte Gebrauch machen will.

In der Diskussion werden noch einige Fragen angeregt, die ebenfalls auf der Konferenz behandelt werden sollen. Zu gleicher Abmündung wurden die Kollegen Wurm, Krüger, Jung, Orth, Rehmel, Werningh, Heiberger, Weller, Dornheim, Eißig und Aaulnich als Delegierte zur Konferenz gewählt.

Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde u. a. auch die Lehrlingsfrage angesprochen und entschieden verurteilt, daß sich die Kollegen als Affordarbeiter Lehrlinge halten und diese von Verfall zu Beruf bei jedem Arbeitswechsel mitnehmen. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß Affordarbeiter Lehrlinge überhaupt nicht halten sollen, weil die Gewähr für eine gute Ausbildung des Lehrlings unter diesen Umständen nicht vorhanden ist.

Schäri wird ferner verurteilt, daß die Redaktion unserer Zeitung immer noch Annoncen aufnimmt, in denen gegen den horrenden Lohn von 25-28 Mk. in jedem Nach tüchtige Portefeuille gesucht werden. Ein tüchtiger Portefeuille wie Sattler wird sich für diesen Lohn nicht herbeilassen nach Schlesien zu gehen, ganz abgesehen davon, daß derartige Angebote von den Fabrikanten gegen unsere Kollegen auszuspielen versucht werden.

Von verschiedenen Kollegen wird noch, unter Bezugnahme auf die Versicherungung vom Gemeindefesttag im Offenbacher Abendblatt, auf die Ausführungen des auf diesem Kongreß anwesenden Vertreters der Portefeuille hingewiesen. Wohl stimmen diese Ausführungen in Bezug auf die Unterstellung der Heimarbeiter in unserem Berufe unter den Tarifvertrag, es sei aber auch nicht alles so, wie es sein mußte und man solle nicht zu roßta urteilen.

Schließlich wird noch auf Antrag einer in Rot geratenen Familie eine kleine Unterstüßung aus der Kassa bewilligt, womit die Versammlung ihren Schluß erreicht. Der Wunsch der Mitgliederversammlung scheint sich in Anbetracht der bevorstehenden Tarifbewegung besser zu wollen. Hoffen wir, daß diese Aufwärtsbewegung in erhöhtem Maße auf die demnächst stattfindende Generalversammlung sowohl, als auch für die weitere Zukunft anfallt. Nur dann kann Ersprießliches geleistet werden.

Kürnberg. (21. 1.) Am Sonntag, den 15. Januar, fand unter Anwesenheit von 115 Kollegen und Kolleginnen unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach Entgegennahme des Kasierberichts für das vierte Quartal wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Sie umfaßte: 1. Jahresbericht a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers; 2. Neuwahl der Gesamterwaltung; 3. Anträge.

Der Jahresbericht zeigte, daß das vergangene Jahr auch für die filiale Kürnberg ein recht gutes Kampfsjahr war. So wie es sich für unsere Organisation gezeigt, steht obenan die Bewegung in der Portefeullebranche. Durch die immer mehr steigenden Preise aller notwendigen Bedarfsartikel sahen sich die Kollegen dieser Branche gezwungen, den bestehenden Tarif zu kündigen. Gleichzeitig damit wurde ein neuer Tarifentwurf an die Unternehmer verschickt. Neben Verkürzung der Arbeitszeit wurde darin eine Erhöhung sowohl der Mindestlöhne als auch der bestehenden Wochenlöhne wie der Affordsätze, desgleichen auch Urlaubsgewährung ge-

fordert. Weigeren sich die Unternehmer zunächst, sich in Bezug auf die Vorschriften ihres Verbandes, eine tarifliche Bindung des Arbeitsverhältnisses einzulassen, so gingen sie schließlich im Laufe der Verhandlungen doch von diesem Standpunkt ab. Der neue Tarifvertrag brachte unseren Kollegen eine Reihe wesentlicher Vorteile. Zunächst wäre zu bemerken, daß ein Schiedsgericht nach dem Offenbacher Muster im Vertrag vorgegeben ist. Weiter enthält der Vertrag die Bestimmung, daß alle organisierten Unternehmer ihre organisierten Arbeiter nach dem Tarif beschäftigen müssen, jeder organisierte Arbeiter aber auch nur zu diesen tariflichen Bedingungen arbeiten dürfe. Die beiderseitigen Organisationen sind für die Einhaltung des Tarifs gesamtverbindlich haftbar. Ferner wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne, sowohl der weiblichen als der männlichen Kollegen, im übrigen sollte die Lohnfrage durch Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern erledigt werden. Doch enthält der Tarif die verpflichtende Bestimmung, daß die Unternehmer sowohl die Wochenlöhne als auch die Stückpreise für die Affordarbeiter erhöhen müssen. Im Zweifelsfalle entscheidet das Schiedsgericht. Dies ist mittlerweile erledigt, als für die männlichen Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 Mk. bis 2,40 Mk., für die Kolleginnen eine solche von 1 Mk. bis 1,50 Mk. eintrat sowie die Affordsätze neu geregelt wurden. In der Urlaubsfrage erklärten die Unternehmer, abmarieren zu wollen, bis die nächsten Verhandlungen im Offenbacher Induftriegebiet erledigt wären. Sollte dort den Arbeitern Urlaub genehmigt werden, so wollen auch sie sich weiter nicht dagegen sträuben. Unter die 54tündige Arbeitszeit gingen die Unternehmer, trotzdem gerade deswegen die Verhandlungen einigemal abgebrochen wurden, nicht hinab. Daron hindere sie, so sagten sie, ein prinzipieller Beschluß ihres Verbandes. Somit blieb es bei der alten Arbeitszeit. Die Kollegen glaubten, es um dieser Frage willen nicht zum Kampf kommen lassen zu sollen. So konnte diese Bewegung ohne Streik zu Ende geführt werden. Ebenso konnte die Bewegung der Kreidriemensattler ohne Streik zu Ende geführt werden. Wenn auch die Ergebnisse dieser Bewegung denen der Portefeullebewegung nachsehen, so darf aber nicht vergessen werden, daß im Kreidriemensattler der Gedanke des Tarifvertrages überhaupt etwas Neues war und daß ein ganz gewaltiges Unterbunt sowohl in der Frage der Arbeitszeit als in der Lohnfrage unter einen Hut gebracht werden mußte. So bedeutet der errungene Tarifvertrag an und für sich schon einen Sieg unserer Kollegen, ist doch damit die Anerkennung der Organisation verbunden. Die erlangene 54tündige Arbeitszeit, die Lohnzulage von 3 bzw. 2 Pf., bedeutet aber, daß unsere Kollegen dieser Branche nicht ruhen noch dürfen, bis auch sie zu Arbeitsbedingungen gelangt sind, die sich denen anderer Branchen an die Seite stellen lassen. Besseren Erfolg brachte die Bewegung bei der Firma Wötcher, Steindruck- und Lithographenwalzenfabrik. Dort brachte der ohne Streik abgeschlossene Tarif neben Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung auch die Anerkennung des Urlaubs. Resultatlos verlief die Bewegung bei der Firma Werner u. Steinmetz. Schuld daran war die recht eigenartige Haltung eines Kollegen. Ebenso ging der Streik in der Wagenfabrik von Torn in Hirsch infolge Anfalls eines Teils der Arbeiter verloren. Zur Ehre unserer Kollegen sei jedoch gesagt, daß es an derer Branchen waren, die unteilten. Dem Kasierbericht ist zu entnehmen: bei einer Einnahme von 6967,75 Mk. war eine Ausgabe von 6297,25 Mk. vorhanden; davon waren 1318,45 Mk. an die Kassa gesandt. Die Mitgliederbewegung weist eine Neuzunahme von 23 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern auf. Der Mitgliederbestand ist 254 männliche und 79 weibliche Mitglieder. Ein Schmerzenskind ist die Lehrlingsabteilung. Bei einem Ueberschuß von 2 in den Verband weist sie einen Bestand von 10 Lehrlingen auf. Durch eine planmäßige Agitation im neuen Jahr soll hier Wandel geschaffen werden. Hoffen wir, daß es gelingt, denn: „Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft!“ Zur Vornahme der Neuwahlen wurden zwei Wahlkommissionen ernannt. Die Wahlen ergaben als 1. Vorsitzenden Kolll. Joh. Wener, als 2. Vorsitzenden (Vorsitzender der Sektion der Portefeulle) Kolll. Hans Neubauer, als Kassierer Kolll. Hans Wener, als 3. Kassierer Kolll. Peter Dorn. Zu Schriftführern wurden die Kollegen Wucher und Gruber gewählt; zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Wämmer, Steiber und Weich. Kollege Weinmann wurde wiederum als Unterstüßungszahler gewählt. Die Kollegen Weyer und Neubauer wurden wieder- und die Kollegin Weyer als Kartelldelegierte neugewählt. Mit der Wahl einer fünfgliederigen Vergütungskommission fand der Wahlakt seinen Schluß. Anträge lagen nur zwei vor, die auch nach kürzerer Debatte angenommen wurden. Der eine verlangte die Entschädigung des Kassierers auf 25 Mk. vierteljährlich zu erhöhen. Seine Begründung fand dieser Antrag in der

enorm gestiegenen Arbeitsleistung des Kassierers. Nach dem anderen Antrag wurden die Versammlungen wieder auf Montag vertagt.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt uns Sorge tragen, daß das kommende Jahr und die kommenden Kämpfe uns gerüstet finden. Es gilt dem brutalen Schorfmachertum ein Karoli zu bieten. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens erhebt es dreist sein Haupt, die organisierte Arbeiterschaft unterzukriegen. Einerseits versucht es durch Aufzermürung gewaltiger wirtschaftlicher Kämpfe unsere Organisationen zu sprengen; auf sozialpolitischen Gebieten ist es eifrig tätig, das bisheren sozialpolitische Recht der Arbeiter zu vernichten, das Rad der Sozialgesetzgebung nach rückwärts zu drehen, und schließlich ist es bemüht, die Streikbrecher, Rebellen und Polizeibrutalitäten der letzten Monate, die gerichtlich festgesetzt sind, auszunutzen zu Ausnahmemaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Sorgen wir dafür, daß diese Pläne des Schorfmachertums von uns durchkreuzt werden. Bald bietet sich uns dazu Gelegenheit. Besuchen wir unsere Versammlungen, agitierten wir für die Ausbreitung unserer Organisationen. Sind wir noch innen einig und geschlossen, nach außen stark, dann werden wir die kommenden Kämpfe bestehen und fertig werden mit jenen Leuten, die durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung überflüssig geworden und jetzt nur noch vom Markt und vom Schwelge der Arbeiterschaft leben. Auf! rufen wir, uns zum Schutz, den Geuern zum Trug!

Au den Einfunder: Der Brief folgte 20 Pf. Strafporto. D. H.

Stettin. (21. 1.) Am 13. Januar fand unsere regelmäßige Versammlung im Volkshaus statt. Der Vorsitzende übermittelte uns zunächst den Dank der Rathenower und Samelner Kollegen für die ihnen gewährte Unterstützung. Dann referierte Arbeiterssekretär Deder über: Die freien und gegnerischen Gewerkschaften. In kurzen Umrissen zeigte Deder die Entstehung und Entwicklung der sogenannten „christlichen“ Organisationen und hält einzelne Forderungen von Ketteler und Kolping mit denen der modernen Gewerkschaften vereinbar. Im übrigen spielte aber der religiöse Charakter gegenüber dem wirtschaftlichen die Hauptrolle. Von den übrigen gegnerischen Organisationen erwähnte Deder besonders die Hirsch-Dunderschen und die Gelben. Erstere stehen wohl ab und zu mit den freien Organisationen gemeinsam im Kampfe, haben aber immer wieder den Verräter gespielt und mehr oder weniger versucht, mit den Unternehmern zu patzieren. Letztere dagegen seien eigens dazu ins Leben gerufen, ihren Klassenfeinden den Kampf mit dem Unternehmertum zu erschweren und würden deshalb auch in der Hauptsache von letzterem über Wasser gehalten. Wenn nun vom Standpunkt der modernen Gewerkschaftsbewegung diese Organisationen auch keine große Bedeutung haben, so solle man sie doch nicht unterschätzen. Jeder müsse ein wachsam Auge auf diese Stumpfwächter haben und verhindern, daß ihr Einfluß größer werde. Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sei es, für die freien Gewerkschaften zu agitieren und auch sonst im öffentlichen Leben in politischer Beziehung auf dem Posten zu sein. Kollege Bogmann meinte in der Diskussion, ebenso wie die gekennzeichneten Organisationen seien auch die sogenannten Klimbimbereine zu bewerten. Dort würden die Arbeiter vom vernünftigen Denken abgelenkt. Diesen Vereinen müßte man den Rücken kehren. Dagegen seien die sportlichen Vereinigungen der organisierten Arbeiterschaft mehr zu unterstützen, wenn man noch das Bedürfnis habe, sich sportlich zu betätigen.

Dem Jahresbericht des Kollegen Vappan ist zu entnehmen: Außer den regelmäßigen Versammlungen und Sitzungen fanden noch 5 Werkstattversammlungen statt. 4 betrafen die Autobranche, es handelte sich um Abschaffung von Mißständen und Abwehr von Alfordreuzierungen. Eine betraf die Treibriemenbranche wegen Lohnforderungen. Der Mitgliederbestand betrug im Durchschnitt 58, nach geschlossenen Wochenbeiträgen berechnet nur 45. Am Schluß des Jahres waren in 11 Orten 15 Einzelmitglieder. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1187 Mk., für die Lokalfasse 187,30 Mk., als ordentlichen Beiträgen, insgesamt 1274,60 Mk. resp. 778,74 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt 131,50 Mk., an Krankenunterstützung 72,25 Mk., an Reiseunterstützung 71,00 Mk., für Streit am Ort 130,20 Mk., an Auswärtszuteile 83,00 Mk., an andere Verufe 30,00 Mk., für Beerdigungsbefehle 40,00 Mk. Die Verwaltung kostete 132,88 Mk., für Agitation am Ort wurden 24,70 Mk. ausgegeben. Auf unseren Anteil am Volkshaus wurden 150,00 Mk. eingezahlt. Die Zahlen beweisen, daß die Kollegen bestrebt sind, nicht zurückzufallen, und sie werden daher durch das obige Ergebnis noch mehr angefeuert werden, ihren Platz in der Reihe der Organisationen auszufüllen.

Für die Agitation am Orte wurden die Kollegen Gausse, Ullowki und Reier gewählt, zum Kartell-

delegierten H. Gausse. Den bei Wehr. Störmer arbeitenden Kollegen wird im Falle einer Entlassung angeraten, wie sie sich zu verhalten haben. Vom Kassierer wird in diesem Falle auf die pünktliche Beitragszahlung hingewiesen. Mit der Aufforderung zur regen Beteiligung an dem am 28. Januar stattfindenden Versammlungen wurde die antbesuchte Versammlung geschlossen.

Notod. (E. 21. 1.) Am 16. Januar fand im Gewerblichshaus unsere Generalversammlung statt. Der Kollege Mängel verlas den Jahresbericht, welchem zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl sich auf der alten Höhe behauptet hat. Eine Zunahme ist leider nicht zu verzeichnen, was darin seinen Grund haben mag, daß die meisten hier arbeitenden Kollegen sich aus den Ausgetreten kleiner Städte und Dörfer Westensburgs rekrutieren, von Verbände eine solche Vorkellung haben oder doch eine solche sich einmühen lassen und noch kurzer Zeit wieder den Wandertrieb ergreifen, denn mit 16-19 Mt. Wochenlohn auskommen in einer Stadt wie Notod, ist ganz unmöglich. Außerdem gibt's Kollegen, welche froh sind, bei ihren „Leistungen“ sich überhaupt irgendwo behaupten zu können; auch solche hat Notod aufzuweisen. Die Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht. Der Vorstand wurde von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende wies zum Schluß darauf hin, daß Aussicht besteht, in den nächsten Jahren weiter vorwärts zu kommen, auch werden die Kollegen aufgefordert, die Versammlungen stets und pünktlich zu besuchen. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten wurde dann die Versammlung geschlossen.

Gürtlich. (E. 23. 1.) Am 14. Januar 1911 hielt unsere Zahlreihe ihre Generalversammlung im Gaiten- „Zum goldenen Kreuz“ mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vierteljahresbericht vom 4. Quartal 1910. 2. Jahresbericht 1910. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 2. Kassierereisen, 5 Unterfasserern, 1 Kartelldelegierter und 1 Bibliothekar. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes und Fragekasten. Der 1. Vorsitzende Kol. Jajonz eröffnete die Versammlung gegen 9 Uhr und begrüßte die Kollegen im neuen Jahre, er beist alle herzlich willkommen und wünscht ferner, daß jeder einzelne zu dem weiteren Blühen und Gedeihen des Verbandes nach Kräften beitrage. Zu Punkt 1 gibt der Kassierer Kol. Walter den Vierteljahresbericht, sowie die Jahresabrechnung, Kasse und Bücher sind von den Revisoren geprüft und alles in Ordnung gefunden worden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wird. Es erhaltet hierauf der Vorsitzende Kol. Jajonz den Jahresbericht, welcher die Zahl der im vergangenen Jahre abgehaltenen Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und aller übrigen Veranstaltungen bekannt gibt und berührt ferner die ganze Bewegung hier am Orte, worauf noch unser Gauleiter Kol. Bartsch einen interessanten Vortrag über diese Vorgänge hält, der von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Zu Punkt 2 wird der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt und setzt sich wie folgt zusammen: Jajonz, Vorsitzender; Walter, Kassierer; Langner, Schriftführer; Schoder und Laube, Revisoren. Als Kassierereisen werden gewählt die Kollegen Ahmann und Kreisfamer. Es erfolgt hierauf noch die Wahl der 5 Unterfasserer, eines Bibliothekars und eines Kartelldelegierten. Den Kartellbericht gab der Kol. Walter. Unter Punkt 4 „Verschiedenes“ erklärt noch der Vorsitzende, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab vom Kol. Walter (Kassierer) ausgezahlt wird. Im Fragekasten befindet sich eine Anfrage, welche Erledigung fand. Da die Tagesordnung hiermit erledigt ist, schließt der Vorsitzende Jajonz die Versammlung um 12¼ Uhr bei einer Anwesenheit von 28 Mitgliedern.

Wismar. (E. 23. 1.) In unserer am 6. 1. abgehaltenen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende Kol. Arndt einen kurzen Geschäftsbericht vom verflossenen Jahre. Die Vorstandswahl mußte, da die Hälfte der Mitglieder durch Abwesenheit ausblieb, bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Doh gewählt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde dem Kassierer zu den ihm zustehenden 2 Proz. weitere 2 Proz. welche vom örtlichen Fünftel bestritten werden sollen, bewilligt. Es ist ja leider eine traurige Tatsache, daß die meisten Kollegen den Versammlungen vielleicht aus eigenennütigen Gründen fernbleiben, doch wird nach den Versammlungen auf der Höhe über Versammlungsbeschlüsse wirklich genug debattiert. Es wäre doch wirklich besser, wenn diese Kollegen ihre Ansichten in den Versammlungen zum besten gäben. Auch für die Kollegen Wismars ist es jedenfalls angebracht, daß dieselben einmütig zusammenhalten, und allen Zanf und Hader in der Kämpfkammer verschwinden lassen.

An den Schriftführer! Lieber Kollege! Sollte es denn nicht möglich sein, in Zukunft die Berichte etwas eher einzusenden? D. H.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist so, die Sozialdemokratie ist jetzt Regierungspartei geworden. Und was beachtender ist, sie ist „alleinige Regierungspartei“ geworden. Bei der Beratung des Vermögenssteuergesetzes waren es ausschließlich die Sozialdemokraten, die den Regierungskulturfür als das mindeste dessen bezeichneten, was verlangt werden muß, um diese neue Vermögenssteuer überhaupt als „Steuer“ in Rechnung stellen zu können. Interessant war es da zu sehen, wie diese Steuer von allen bürgerlichen Parteien, von links bis rechts, von den „Fremden“ wie den „Anfremden“, von jeder Partei natürlich wieder mit etwas anderen Gründen, aufs heiligste bekämpft wurde. Da konnte Herr Bernuth, der Reichsschatzsekretär noch so lebhaftlich bitten, noch so kategorisch das „Unannehmbar“ der Regierung verkünden, bei dem Kampfe um den gemeinsamen Geldbeutel blieben die Vertreter des Kapitalismus unbeweglich und fest. Wohl wollte zeitweise die eine oder die andere Partei, nach dem Grundsatz: „Ich bitte Dich heiligst, Marian, behüt' unser Haus, zünd' andre an“, die Steuer dem „getreuen Nachbar“, also der anderen Interessentengruppe aufheben, aber im allgemeinen halten sie „treu und fest“ zusammen. Auch die „christlichen“ Arbeitervertreter zeigten hier, ganz anders als bei Vertretung der Arbeiterinteressen, daß sie — auch anders können! — und die Einkünfte dieser Steuer sollen zur Veteranenfürsorge verwendet werden! — Arme Veteranen! — In einer Klut von „Verbesserungs“anträgen suchte man den Minister und seinen Entwurf zu erkiden. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, die dritte Lesung folgt noch, da wird man auch sicher noch Zeit und — Stimmen gewinnen, mit deren Hilfe die jetzt beschlossene Steuerpflicht der Landesfürsten wieder beseitigt werden kann. Das wäre ja auch noch schöner, von einem Landesfürsten zu verlangen, daß er wie andere Sterbliche, wenn er ein gutes Geschäft in Grundstücksverkäufen gemacht hat, auch noch seinen Steuerbuhlen entrichten soll! — Der Graf Cramer hat Recht, da muß ja das „monarchische Gefühl“ zum Teufel gehen! Bei den Monarchen nämlich!

Im preussischen Landtage, in dem ja nicht weniger über die Zukunft Deutschlands entschieden wird, als im Deutschen Reichstage, sah die Junkerregierung auf der Anlagebank. Den Angriff eröffnete mit einer umfassenden Anklagerede der Abgeordnete Strödel von den Sozialdemokraten. Die Freimünnigen sekundierten moder, was leider nicht sehr oft vorkommt; hatte doch einer der ihrigen, der Rittergutsbesitzer Deder, die preussische Eisenbahn zu spüren bekommen. Deder ist ein schweizerischer Mann, aber liberal, und wurde wegen angeblicher Verleidigung „des Heiligen, was der Preuze kennt“, nämlich des Landrats v. Kalkahn, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das ließ sich nicht billiger machen! — Der „starke Mann“ Herr von Strödel ist nun wieder Präsident des Landtages (nach erfolgter Zettelwahl, die Vizepräsidenten konnten durch Jurauf gewählt werden) und hat als solcher seine Lieblingsbesuchstättung — die Sozialdemokraten in seiner bekannten schnoddrigen Manier, die er selbst für „wichtig“ hält, angulanten — wieder aufgenommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann applizierte dem Herren für eine ganz besonders beleidigende Anpöhlung eine wohlverdiente Ohrfeige (berstet sich nur „biblid“). Den Reichstheobald sich zum Muster genommen, hat der frühere „Kanalarbeiter“ und jetzige preussische Minister des Innern Herr v. — natürlich irgend ein i. g. gib oder wir muß es schon sein — Dallwitz. Der Mann trat auch für den „Schutz der persönlichen Freiheit“ ein und, sekundiert von Preuzens Justizminister, gab er ein „Urteil“ über die „Raubtiere Krawalle“ und — die Richter ab, das man sich merken muß, Herr v. Dallwitz ist der eigentliche Besteger des Königs v. Preuzen. Der Mann hatte als Landrat gegen die Kanalvorlage gestimmt, wurde gemäß regelt, er fiel aber die Treppe hinauf und ist jetzt Minister! Ja, ja, „wer sich mir entgegensetzt, den zerquetsere ich“, nur darf es kein Junker sein, denn die sind stärker als die Träger der Krone! — Mit preussischen Unterbeamten und Staatsarbeitern, die nur um einige Pfennige höheren Lohn petitionieren, macht man kurzen Prozeß! „Mögen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“. — Was den Herren Dall-, De- und anderen Mühen, die Landtag zum Anlaß nahmen, gegen die Arbeiterschaft zu hegen, wurde im übrigen gründlich heimgeuchtet! Doch das genügt die „großen Geister“ nicht. Sie hoten mozen wieder vor, was ihnen heute um die feudalen Chren geschlagen wurde! Wie lange noch? —

In der Reichsversicherungscommission ging die Beratung der Krankenversicherung ihren Gang weiter, d. h. der Regierungsentwurf wurde weiter verschlechtert! — So beschloß man z. B. und zwar mit Hilfe der „Zentrums„Aristen“, daß

neben den allgemeinen Crisfrankenkassen schon bei 250 Mitgliedern eine Landfrankenliste (Wunsch der Junfer), Betriebsfrankenliste schon bei 150 Mitgliedern (Wunsch der „Industrie“), und eine Betriebsfrankenliste für einen landwirtschaftlichen oder Binnenindustriebetrieb schon mit 50 Verbandsmitgliedern errichtet werden kann! — Ja, diese 50 brauchen sogar nicht einmal für das ganze Jahr, sondern mindestens zwei Monate, beschäftigt zu sein. Der preußische Schnapssteuer wird also die Zahl „einer“ Arbeiter während der Ernte ionellen und Betriebsfrankenlisten errichten, die im Jahresdurchschnitt kaum 15-20 Mitglieder zählen! Solche Klassen sind dann auch ungemein leistungsfähig, denn gegen Krankheit werden die billigen „Medikamente“ und die erfolgreichste „ärztliche Behandlung“, nämlich Dünge und Brügel, verabreicht! — — — Nach einem jegigen Beschluß ist es dem Arbeitslosen gestattet, nicht nur in der Klasse, der er angehört, zu verbleiben bis er wieder Beschäftigung findet, sondern er kann auch in eine niedrigere Lohnklasse übertreten, was von großer Wichtigkeit ist.

Bezüglich der Selbstverwaltung der Crisfrankenkassen wäre zu erwähnen, daß Zentrum, Nationalliberale und Konservative geschlossen dafür stimmten, daß in Zukunft der Vorsitzende der Klasse nicht mehr nur durch die einfache Mehrheit des Vorstandes gewählt werden kann, sondern daß er die Mehrheit der Arbeitervertreter und die Mehrheit der Arbeitgebervertreter hinter sich haben muß. Das wird natürlich nie oder doch fast nie der Fall sein, und die Regierung ist dann in der Lage einen Vorsitzenden zu ernennen. Ob man dazu etwa „Koabitier“ „Kulturträger“ in erster Linie bestimmen wird, steht noch dahin. Bezeichnend ist, daß die bürgerlichen Parteien in der Kommission von dem Führer Alth, den der Reichswahlrechtsverband „geliefert“ hatte (zur Befeldung der jetzigen Arbeitervorsitzenden) keinen Gebrauch zu machen wagte! Es stank zu sehr! — — — Man überließ dieses „Material“ der „Christlichen“ Gewerkschaftspresse, die jetzt mit Wohlbehagen darin herumgrunzt! — — —

München-Glabach. Zu unserer Notiz in Nr. 2 unserer Zeitung wird uns berichtet mitgeteilt, daß es sich nicht um die Gewerbeberichtswoche, sondern um solche zur Ortsfrankenliste handelte.

Die Landtagswahlen in Finnland sind beendet: Es wurden gewählt: 87 Sozialdemokraten, 42 Altfinnen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 18 Agrarier, 1 Vertreter der christlichen Arbeiterpartei. Das Stärkeverhältnis der Parteien ist dasselbe wie nach den vorübergehenden Wahlen, nur haben die Sozialdemokraten einen Sitz auf Kosten der Agrarier gewonnen. Die Sozialdemokraten erhielten 321 000 Stimmen. Sie gewannen 5000 Stimmen und ein Mandat. Sonst blieb alles beim alten. Der Hängegar und seine Spiegelgesellen haben sich wieder einmal verreckt! — — —

Landtagswahlwahl in Württemberg. Bei der Landtagswahlwahl im Bezirk Heilbronn, der bisher durch die Sozialdemokratie vertreten war, wurde im ersten Wahlgange der Kandidat der Sozialdemokratie, Bornung, mit 68 Stimmen Mehrheit gewählt. Bravo!

Schauntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Ulm wurde das Mitglied Eugen Freudigmann, Karte Nr. 12 980, wegen Verstoßes gegen die Interessen des Verbandes ausgeschlossen.

Durch verschiedene Vorkommnisse sah sich der Zentralvorstand genötigt, folgenden Beschluß zu fassen:

Alle Geldsammlungen zum Zwecke der Unterstützung von Mitgliedern bedürfen der Zustimmung des Zentralvorstandes, sofern diese Sammlungen nicht auf die Verwaltungsstelle der zu unterstützenden Mitglieder beschränkt bleiben.

Der Sattler Adolf Walke, geb. am 17. September 1861 in Gleiwitz, reißt auf falsche Verbandspapiere und versucht, die einzelnen Verwaltungsausschüsse zu brandstiften. Die Reiseunterstützungsauszahlung werden auf diesen Schwindler aufmerksam gemacht und ersucht, ihm die Papiere abzunehmen.

Nachstehende Verwaltungsstellen werden hiermit aufgefördert, umgehend ihre Abrechnungen an die Hauptverwaltung einzusenden:

Wrieg, Hof, Penia, Stargard und Ulm. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß denjenigen Verwaltungsausschüssen, welche bis Montag, den 30. Januar, ihre Abrechnung nicht eingereicht haben, bis auf weiteres die Zusendung der Zeitung und sonstigen Materials vorzuenthalten wird.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Zd. in Stuttgart. Das war bei einem so umfangreichen Artikel in „letzter Stunde“ nicht mehr gut möglich.

A. in Hamburg. Die Rechnung ging bereits am 6. Januar an den Kassierer ab.

B. in Götting. Wir war von dieser Adressenänderung in Z. bis jetzt noch nichts bekannt.

B. Gr. F. W.

Verammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Berlin. Branchen-Versammlungen.
 Weichirbrände: Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15. — Portefeulles- u. Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rannunstr. 27. — Militärbranche: Mittwoch, den 1. Februar, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c. — Violonceller u. Teppichnäher: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Weihnacht, Grünstr. 21. — Wagenbranche: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15. — Eisenmöbel- und Lederhülfpfisterer: Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15. — Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volks-haus“, Rosinenstr. 3.

Raugen. Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Bittau“, Mitglieder-versammlung.

Wieser. Montag, den 30. Januar, abends 9 Uhr, „Zur Wiener Spitz“, Generalversammlung wichtige Tagesordnung.

Breslau. Sonnabend, den 4. Februar, im „Grünen Bergel“, Mitgliederversammlung.

Wesentlich. Samstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Saal 5, Versammlung.

Gera. Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Michels Lokal, Greizer Gasse, Versammlung.

Hamburg-Altona. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Mitglieder-versammlung.

Heilbronn. Samstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Zur Weibertreu“, Karlsruher, Versammlung.

Mannheim. Samstag, den 4. Februar, Mitglieder-versammlung.

Neusscheid. Samstag, den 4. Februar, im Volkshause (Memscheid), Mitgliederversammlung.

Netersen. Sonnabend, den 28. Januar, Mitglieder-versammlung.

Wismar. Sonnabend, den 4. Februar, Mitglieder-versammlung.

Offenbach a. M. Branchenversammlungen. Zuschneider: Montag, den 6. Februar, im „Storch“. — Branche für eingeföberte Reiseartikel: Montag, den 6. Februar, „Zur Starfenburg“. — Branche für Einrichtungen und Kästen: Montag, den 6. Februar, im „Lindenfels“. — Branche der Anschläger: Montag, den 6. Februar, im „Vobbeschenfels“. — Branche für Rahmen- und weiche Arbeit: Dienstag, den 7. Februar, im „Lindenfels“. — Branche für offenfäntige Arbeit: Mittwoch, den 1. Februar, „Zur Starfenburg“. — Trejorbrände: Mittwoch, den 1. Februar, im „Lindenfels“. — Damen-taschenbranche: Montag, den 13. Februar, im „Storch“.



Zentral-Frankenliste der Sattler, Portefeulles u. Berufsangehörigen Deutschlands, E. H. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen.

Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung.
2. Vorstandswahl.
3. Geschäftliches.

Bremen. Montag, den 30. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause.

Mannheim. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Bergstraße“, S. 4 Nr. 9. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Familie.

Neutlingen. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 1 Uhr, beim Kollegen Schofer, „Zum goldenen Krug“.

Faltenbrechmaschinen,

Größe 14 x 22 cm, liefert **Alfred Krubendacher, Maschinenfabrik, Berlin, Köpenickerstraße 155-156, Amt IV, 7929.**

Gesucht an jedem Ort

ein anständiger Mann, der den Vertrieb erstklassiger Artikel, darunter patentierte Neuheiten, nebenbei übernimmt. Auskunft auf Anfrage kostenlos.

Herrn. Wolf, Widau i. S., Nordstr. 30.

Georg Weihnachts Bierhaus, Gränitz. 21. H. Weid., Bayrisch-Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Frankenliste der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshäuser“.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 11. März 1911, in Louis Kellers Festhallen (Ind. Freyer), Kopenstr. 29

„Ein Rosenfest“ im Frankfurter Kietz

Auf dem Festplatz Volksbelustigungen aller Art :: Große Tombola :: Unter anderem „Stöcken-Quadrille“ unter Leitung des Gemeinbedieners H. Heinrich.

Teilnehmerkarte 50 Pf. :: Beginn des Festtrubels 9 Uhr.

Erscheinen der Festteilnehmer in Sommer-toilette ist erwünscht.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Gemeindevorstand.**

Billets sind im Bureau und bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.

Ortsverwaltung Berlin.

20 junge Damen, welche gewillt sind, bei der Aufführung eines Reigens zu unserem Winterfest mitzuwirken, werden höflich ersucht, ihre Adresse bis zum 3. Februar in unserem Bureau, Engelauer 15, Zimmer 97 oder beim Kollegen F. Habermann, 80, Muskauerstr. 19 II, abzugeben.

Portefeuille gesucht!

Einige jüngere, lebige, fleißige und tüchtige Portefeulles für Briefstaschen und Schreibmappen und verwandte Artikel werden auf dauernde Beschäftigung von großer Fabrik in Süddeutschland gesucht. Offerten mit genauer Gehaltsangabe und Zeugnissen erbeten unter Chiffre W. A. 28 an die Expedition des Blattes.